

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

19.4.1923 (No. 107)

Bestandteile für April:
in Karlsruhe: in un-
terer Geschäftsstelle und in
unseren Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 3800.—
frei Haus geliefert monat-
lich 4000.—
auswärts: durch un-
sere Agenturen bezogen
4000.—
Einzelfverkauf: 150 /-

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenpreise für April:
die Ogel. Nonpareil-Geselle
oder deren Raum 1/2 350.—;
auswärts 400.—; Na-
mitzenanzeigen und Stellen-
angebote 200.—; Melame-
teile 1100.—; an erster
Stelle 1200.—
Nacht nach Paris.
Anzeig. - Aufnahme b. 3 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
spätestens bis 6 Uhr nachm.

Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle: Ritterstraße 1,
Karlsruhe.

Vertriebsstellen:
Geschäftsstelle Nr. 202,
Verlag Nr. 21 und 27,
Schriftleitung Nr. 29,
Danzigschillerstr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Geschäftsleiter: Hermann v. Voer. Verantwortlich für Politik: Erich Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl
Dobro; für Interate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: C. B. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard S. A. G. Berlin-Sankt-
Die unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Erscheinungsdauer der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Donnerstag, den 19. April 1923

Nr. 107.

Was sie wollen.

Wir sind in das Ruhrgebiet gegangen, um die von Deutschland geschuldeten Kohlen zu holen. Jetzt bleiben wir darin, um unsere Sicherheit gegen ein Volk von 60 Millionen Deutschen zu sichern.

L'homme libre.

Die Stimme der Wahrheit.

Eine erhebende Kundgebung der Bischöfe von Köln, Münster und Paderborn.

Die Bischöfe der Diözesen, die die be-
festigten und Einbruchgebiete umfassen,
der Kardinal-Erzbischof von Köln, der
Bischof von Münster und der Bischof
von Paderborn (der Bischof von
Trier hatte keine Reiseduldschein) stel-
ten dieser Tage eine Konferenz in Pa-
derborn ab. Sie erließen gemeinsam
eine erhebende, tiefereitende Kund-
gebung an das Ausland, der wir folgen-
des entnehmen:

Der unglückliche Krieg hat für unser Volk, das
ihn nicht verschuldet und nicht gewollt,
unendlich geendet. Zu einer grauenvollen Re-
volution, von deren Folgen sich unser Volk erst
allmählich wieder erholen kann, kam der
erbarungslose Lese sogenannte Friedens-
vertrag von Versailles, der mit seinen uner-
träglichsten Härten und Lasten unser Volk
vollständig zu Boden schlug. Es ist geradezu him-
melstreichende Not, die jener Vertrag über
unser Volk gebracht hat, am schlimmsten aber
seiner Kreie, die am Krieg selbst ganz unbetre-
ffet waren. Täglich vom frühen Morgen bis
zum späten Abend muß ein auf Teil unseres
oberirdischen Demmens seitdem sich darauf rich-
ten, dem Unheilbaren von Hunger und
Stichtum zu wehren, die uns überall, wohin
wir kommen, entgegenfahren: in Wästen und
Krankenhäusern, in Schulen und Familien, in
Krippen und Altersheimen.

Vor Gott und unserem Gewissen glauben wir
auch bezogen zu müssen, daß unser Volk, folgen-
dem dem Willen seiner Regierung, ernst und
ehrlich an die Arbeit gegangen ist, um
die von den Siegern geforderten
Leistungen, soweit es nur men-
schlich möglich war, zu erfüllen. Wenn
dieser Erfüllungswille unseres Volkes durch
Sinnlose von Wert, die heute bereits 100 Mil-
liarden Goldmark (abgetretene Gebiete und Re-
parationen) erreicht haben, unbekanntlich fest-
steht, dann fragen wir mit Recht, wo hat jemals,
so lange die Welt steht, irgendein Volk, um vor
seinen Kriegseindern endlich Ruhe zu bekom-
men und ein Leben des wahren Friedens wie-
derzugewinnen, Größeres und Gewaltigeres ge-
leistet?

Wir können, wie auch immer wir die völker-
rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse über-
denken, den Machthabern in Frankreich und
Belgien nicht anerkennen, daß bei solcher Evidenz
des deutschen Erfüllungswillens einige im Ver-
gleich zum Ganzen geringfügige Rückstände in
den deutschen Monatsleistungen ihnen das Recht
geben, jene für sichbaren Maßnahmen zu
erzwingen, unter denen wir mit unseren Diö-
zesanen jetzt am unmittelbarsten zu leiden
haben. Wir können nicht anerkennen, daß die
feindlichen Odkupationsbehörden das Recht be-
sitzen sollen, die Bewohner unserer Diözesen
mitten im Frieden gegen ihre rechtmäßige bür-
gerliche Obrigkeit zu Ungehorsam und
Unruhe, zu Eibbruch und Landes-
verrat zu zwingen und ehrenwerte Männer,
die wir in vielen Fällen persönlich kennen
und hochschätzen, wie gemeine Verbrecher
zu behandeln und mit Verbannung und Kerker
und Kesseltun in Ketten zu verurteilen.

Empörend sind mitten im Frieden die exor-
bitanten Geldbußen und Freiheitsstrafen, die
für die Befolgung vaterländischer Pflichterfüllung
verhängt werden, barbarisch die Festsetzungen,
Kontrollen, Weisungen und andere Mißhand-
lungen, die Schuldlosen und Wehrlosen angeht
werden.

Wir sind entsetzt darüber, daß man sogar die
völlig unbeteiligten Familien jener
pflichttreuen Männer: Frauen und Kinder,
Säuglinge und Greisinnen, mitten im Winter
brutal von Haus und Heimat verjagt, wie das
nicht etwa vereinzelt, sondern in vielen Fällen
vorgekommen ist.

Wir Bischöfe erklären schmerzbezeugt und for-
genvoll, daß solche im Namen einer Friedens-
aktion getroffenen Maßnahmen eine neue tiefe
Kluft zwischen den Völkern schaffen und unsere
gequälten Volksgenossen bis zum äußersten rei-
ßen, ja zu Verweisslungen herausfordern.
Wir werden trotz dieser Situation fortfahren,
im Bewußtsein unserer bischöflichen Friedens-
mission unsere Pflicht zu tun. Wir werden auch
nicht aufhören, die unter den kriegerischen Maß-
nahmen ungeschuldbar leidende Bevölkerung zu er-
mahnen, unerschütterlich allen Unrechtsforderungen
und Grausamkeiten Ruhe und Besonnenheit zu be-
wahren.

Aber andererseits wird auch niemand von uns
erwarten dürfen, daß wir zu den Quälereien
und Leiden, denen unsere Volksgenossen und
Diözesanen ausgesetzt sind, einfach schweigen und
mit solchem Stillschweigen zugleich eine Mit-
schuld übernehmen, an den in ihrer Entschlich-
keit kaum auszudenkenden Folgen,
die wir befürchten, die mitten im Frieden und
trotz ersten Abtragens der Engländer
von den französisch-belgischen
Machthabern heraufbeschworen wer-
den.

Wenn etwas, dann muß die grauenvolle Lage
im Rhein- und Ruhrgebiet allen einsichtigen und
friedenswilligen Menschen die Augen öffnen, wie

eilig die außerhalb Frankreichs und Belgiens
längst zugenebende Revisionsnotwendig-
keit des sogenannten Friedensver-
trages von Versailles ist, soll nicht lech-
tendes Ende des Krieges zum Normalzustand auf
Erden gemacht werden.

Wir Oberhirten der Diözesen Köln, Münster
und Paderborn haben die besondere Pflicht, un-
sere Stimme vor aller Welt zu erheben, da in
unseren Diözesen an die sieben Millionen
Katholiken wohnen, von denen etwa zwei
Drittel unter dem harten Los der Besetzung
leiden. Wir kennen das Odkupationsgebiet
nicht nur von unseren kürzlichen Besuchen her,
nicht erst seit der Zeit unserer bischöflichen Tä-

tigkeit, nein, wir haben zu ihm von Jugend
auf die denkbar innigsten und persönlichsten Be-
ziehungen und haben in ihm als Seeliger
einer Bevölkerung, die den Frieden und die
Arbeit liebt, viele Jahre hindurch gewirkt.

Auf uns machen Versuche, die Unertlich-
keit der von Frankreich und Belgien geschaffenen
Situation hinwegzuleugnen oder gar der Be-
völkerung selbst die Schuld an den schaurigen
Vorkommnissen zu geben, nur insofern Ein-
druck, als uns dadurch die heilige Pflicht, vor
der Welt offen und laut für die Wahrheit
Kenntnis abzugeben, um so ernster vor die Seele
tritt.

Schluß der Ruhrdebatte im Reichstag.

Der dritte Tag der großen politischen Aussprache.

A. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
druckt:

Es stellt sich heraus, daß die Presse des In-
und Auslandes der Dienstag-Rede des Abge-
ordneten Stresemann die größte Beachtung
schenkt. Durchweg kann festgestellt werden,
daß der Eindruck dahin geht, als habe Dr. Stre-
semann mit hinreichender Klarheit und in Ergän-
zung der Rosenbergschen Ausführungen das Ja-
nuar-Angebot der deutschen Regierung in den
Vordergrund der internationalen Reparations-
debatte gestellt und als der berufene Sprecher
der deutschen Wirtschaftswelt genügend Garan-
tie für den Leistungswillen der noch leistungs-
fähigen Kreie und Schichten Deutschlands ge-
geben. Es kann also rückblickend auf den ersten
und wichtigsten Teil der außenpolitischen Aus-
sprache im Reichstage gesagt werden, daß von
der Tribüne des deutschen Parlamentes eine
neue aktive Politik gemacht wird, in dem ersten
der Welt das jegliche deutsche Leistungsvermögen
und seine durch den Ruhrreuebruch bedingte
Grundlage offen dargelegt, und in dem zweiten
der französischen und belgischen Regierung Ge-
legenheit gegeben wurde, jetzt die von Deutsch-
land begonnene Diskussion über die endliche
Wendung der Reparationsfrage fortzuführen. Es
wird sich bald herausstellen, ob in Paris und
Brüssel der gute Wille dazu vorhanden ist und
ob der wirtschaftliche Druck schon so groß ist,
daß die Beschränkung des unpolitischen Wü-
stungsweges erzwungen. In beides nicht der Fall,
so liegt es bei dem deutschen Volke, durch Fort-
führung der passiven Abwehr die wirtschaftliche
Notlage Frankreichs, die aus den Spalten der
führenden französischen Wirtschaftszeitungen
deutsch spricht, zu verstärken, bis die bessere
Einsicht sich einstellt.

Der dritte und letzte Tag der großen politi-
schen Aussprache, der von der zweiten Redner-
garnitur bestritten wurde, verstärkte im weiten-
lichen den Eindruck der ersten beiden Tage: Ent-
schieden Abwehr jeder Annetions- und Neu-
talisierungspolitik, Bereitwilligkeit zu Ver-
handlungen auf vernünftiger Grundlage. Der
Reichsaussenminister Dr. von Rosenbergs ge-
wider Erwarten nicht mehr in die Debatte ein-
zuweisen, was hier für mag die Ueberlegung ge-
wesen sein, daß es unmöglich war, den Wunsch
der ausländischen, besonders der englischen
Presse zu erfüllen, die bekanntlich von Deutsch-
land ein Angebot von 40 Milliarden zu erhalten
hoffte. Ueber das, was von Dr. von Rosenbergs
in seiner Rede als mögliche Verhandlungs-
grundlage angedeutet wurde, hinauszuweisen, ist
unmöglich. Noch weniger konnte der Außen-
minister über die von Dr. Stresemann in seiner
vorgestrigen Rede gekennzeichneten Lösungs-
möglichkeiten hinausgehen. Unter solchen Um-
ständen schien es geraten, auf eine neue Kund-
gebung der Regierung zu verzichten. Dem
Staatssekretär von Malzahn blieb es daher vor-
zuziehen, gegen den neuen ungeheuerlichen Ge-
waltakt der Entente, die Ausweisung des Rhein-
landkommissars, Protest zu erheben. Auch dieser
neue Gewaltakt läßt nicht gerade den Schluß zu,
daß man auf der Gegenseite zu Verhandlungen
bereit ist. Jedemfalls hat die politische Aus-
sprache erneut den Beweis erbracht, daß Deutsch-
land bereit ist zu einer Verständigung mit einem
Frankreich, das nur Reparationen will, daß es
aber keine Verständigung gibt mit einem Frank-
reich, das Annetionen erstrebt. Das sollte man
in Frankreich und auch im übrigen Ausland
nicht übersehen.

Der Sitzungsbericht.

t. Berlin, 18. April. Am Regierungstisch
Reichskanzler Dr. Cuno, Außen-
minister Dr. von Rosenbergs.

Präsident Eoebke eröffnet die Sitzung um 2.20
Uhr.

Ein Gesetzesentwurf betr. Anpassung des § 87
des Betriebsrätegesetzes an die Geldentwertung
wird angenommen.

Die Aussprache über die auswärtigen Angelegenheiten

wird fortgesetzt.

Abg. Breitsheld (Soz.) betrachtet es als not-
wendig, daß absolute Klarheit über die Absichten
der Regierung bestehe und daß alle Mißver-
ständnisse beseitigt werden müßten. Leider war
die Rede des Außenministers in verschiedenen
Punkten mehrfach bedeutungslos. Auch die
demokratische Fraktion war nicht einmütig der
Meinung, daß in der Rede ein formelles Ange-
bot Deutschlands zu erblicken sei. Erst durch
die Abstimmung konnte dort festgestellt werden,
wie die Rede aufzufassen sei. Selbstverständlich
ist, daß wir festhalten am passiven Wi-
derstand. Der Standpunkt der Regierung deckt
sich da völlig mit dem unrigen. Der Gedanke
eines Kampfes ist von allen Rednern zu-
rückgewiesen worden. Selbst Herr von Gräfe
hat sich darauf beschränkt, von einem Kampf nur
gegen Polen zu sprechen. Es ist zu wünschen,
daß der Gräfeische Tatendrang sich nicht einmal
gegen Deutsche ansetzt Polen wendet. Wir müs-
sen gegen jede Änderung des passiven Wider-
standes auf das schärfste ankämpfen. Mit Ge-
nungung stellen wir fest, daß der Außenminister
am Reparationswillen festhält, dagegen sind wir
der Ansicht, daß ein positives Angebot an die
Entente gerichtet werden muß. Auf die Arbeiter-
regierung zusammen mit den Kommunisten zu
müssen wir verzichten. Ministerpräsidenten sind
wir auch nicht. Unsere Zukunft wird durch
längeres Widerstand nicht besser. Auch andere
Schichten als Arbeiter leiden im Ruhrrevier.
Denken Sie an das Anwachen der Arbeitslosigkeit.
Amerika und England werden
sich nicht einmischen. Der Redner fragt
die Regierung, ob von England irgend eine
positive Anregung über ein deutsches Angebot
erfolgt ist. Bei einer Prüfung der Leistungs-
fähigkeit durch fremde Sachverständige könnte
wir schlechter abschneiden, als bei einem direkten
Angebot. Die Mehrheit des französischen Volkes
ist mit Tardieu und Poincaré nicht identisch.
(Lurube und Zureue.) Es liegt ein Reparations-
plan von Barthou und Delacroix vor. Es han-
delt sich um 35-36 Goldmillarden nach Abzug
der englischen Forderungen. Dies ist doch im-
merhin ein festumrissenes. Unsere Leistungs-
fähigkeit hängt von einer internationalen An-
leihe ab. Reparationen ohne staatliche Hypothe-
ken auf den Besitz ist unmöglich. Es muß endlich
zu einer Verständigung mit Frankreich kommen.

Abg. Lauscher (Ztr.) schildert die Lage am
Rhein, die sich wesentlich verschärft habe. Aner-
kennt sei die Ausweisung des Reichskom-
missars „Fürsten Haxfeld. Der Redner dankt dem
Papst für seine sympathische Haltung, ebenso
dem Ausland, soweit es sich der deutschen Not
angenommen habe. Wir sind gegen alle Pläne
zur Neutralisierung des Rheinlandes.
Man habe die öffentliche Meinung Frankreichs
systematisch über die wahre Gefinnung der
Rheinlande getäuscht. Wir wünschen glühend
eine Verständigung mit Frankreich. Aber
Frankreichs Verhalten muß die tatsächliche Hal-
tung des Rheinlandes verschärfen. Auch für das
Rheinland muß das Selbstbestimmungsrecht der
Völker gelten. Wenn über das Rheinland ent-
schieden wird, dann werden wir eine Volks-
abstimmung verlangen. Redner erklärt sich
mit einem deutschen Angebot ähnlich dem eng-
lischen Vorschlag einverstanden. Es dürfte aber
nicht mehr angeboten werden als geleistet wer-
den kann. Es ist Pflicht der deutschen Regie-
rung, den Erfüllungswillen bis zur Grenze der
Leistungsfähigkeit zu bekunden.

Staatssekretär Frhr. von Malzahn gibt zur
Ausweisung des Reichskommissars

für die besetzten rheinischen Gebiete eine Erklä-
rung ab, in der er die außerordentlich verdienst-
volle Tätigkeit des Reichskommissars hervor-
hob. Diese Behörde sei von Anfang an den Franzosen
ein unteilbares Hindernis gewesen. Die Inter-
alliierte Rheinlandkommission hat sich zum Ver-
zögern der Verwirklichung des Planes, ihrer Be-
seitigung, gemacht. Der Staatssekretär erklärte
weiter auf die Frage nach der Stellung der
Regierung zur Verwendung französischer und

belgischer Offiziere in der interalliierten Mil-
itärkontrolle, daß die Reichsregierung das
Gefühl, aus dem heraus die Interpellation ent-
standen ist, würdige und achte. Wir bitten, zur
Regierung Vertrauen zu haben, daß sie auch in
dieser Angelegenheit bemüht ist, mit den Pflich-
ten eines unterschriebenen Vertrages die unge-
schriebenen Pflichten gegen das gequälte Volk zu
vereinbaren.

Abg. Dr. Seltzerich (D.N.) kennzeichnet noch
einmal den feigen und brutalen Ueberfall in
das Ruhrgebiet, dem das deutsche Volk einig und
geschlossen in passivem Widerstande gegenüber-
stehe. Es wäre aber gegen die menschliche Natur
und ein Wunder, wenn wir uns dem unge-
heueren Unrecht gegenüber nicht er reinen Passi-
vität bescheiden können. Ein Schrei nach Akti-
vität geht durch den ganzen Reichstag und das
ganze Volk. Der Fluch der Waffen-
losigkeit hat uns in diese Lage gebracht. Nie-
mals hätte Frankreich das Ruhrgebiet ge-
wagt, wenn das Risiko eines neuen Kampfes ge-
droht hätte. Wir sind gegen Kopfgelderei auf
dem Gebiete der Diplomatie und wollen Akti-
vität und nicht Nervoität. (Beifall rechts). Der
Redner weist auf die Anmerkungen französischer
Staatsmänner und Zeitungen hin, in denen aus-
gesprochen ist, daß man Deutschland gegenüber
Gewaltmaßnahmen anwenden will, denn man
wolle nicht verhandeln, sondern Diktat. Das
deutsche Volk hat endlich eingesehen, daß wir uns
nicht knechten lassen dürfen. Das ist die große
Wendung, die auch das Ausland ergriffen hat.
Alle Parteien sind einig in der unbedingten Ab-
kehrung jeder Reparation, solange das Ruhr-
gebiet besetzt ist. Die Stützungaktion für die
Mark muß fortgesetzt werden, auch wenn das
Gold der Reichsbank auf das Spiel gesetzt wird.
Neben der Schuld am Weltkrieg, gebe es auch
eine Schuld des Friedens. Er ist ge-
schlossen worden unter dem Druck einer feier-
lichen Zusage Wilsons. Die von Frankreich ge-
forderten Sicherungen sind nichts als eine Eti-
quette für Annetion. Die Odkupationskosten
sollten 240 Goldmillarden jährlich nicht über-
schreiten. Dieser Ueberforderung ist die deutsche
Regierung niemals energig genug gegen-
übergetreten. Nicht nur das Ruhrgebiet, sondern
auch das besetzte Rheinland muß befreit werden.
Es gebe Frankreich nicht um Sicherheiten und
Reparationen, sondern um Schwächung und
Zerreißung Deutschlands. Auch ein neues deut-
sches Angebot würde von Poincaré mit Hohn ab-
gelehnt werden. Bei Frankreich gehe es um
Geldgier und Machtgier, bei uns um Leben
und Freiheit eines Volkes von 60 Millionen,
darum muß uns der Sieg gehören. (Lebhafter
Beifall).

Abg. Lebebour (b. t. N.) wirft dem Vordredner
vor, er verweise die nationalen Lebensschaffen auf.
Nur Arbeiter können in Europa Ordnung schaf-
fen.

Abg. Moldenhauer (D.N.) geht näher auf die
französischen Pläne bezüglich des Rheinlandes
ein. Man gebe vor, das Rheinland vom preußi-
schen Joch befreien zu wollen. Unter die inter-
nationale Gendarmerie gestellt zu werden ist eine
noch größere Entwürdigung als feindliche Be-
setzung. Ein deutsches Angebot würde jetzt keine
Aussicht auf Erfolg haben. Es muß alle Tat-
kraft aufgebracht werden, daß die Befreiung ab-
gehandelt wird. Bemerkenswert sei die Ueberein-
stimmung zwischen Reichstag und Dr. Strese-
mann.

Damit endigt die Aussprache. Der Gehalt des
Ministers wird bewilligt, der Haushaltsplan ge-
nehmigt.

Nächste Sitzung Donnerstag mittag: Wirt-
schaftsministerium.
Schluß 7.15 Uhr.

Das neuerliche Sinken der Mark.

t. Berlin, 18. April. (Sig. Drahtber.) Schon
seit einiger Zeit, vor allem aber in den letzten
Tagen tauchen Gerüchte auf, die wissen wollten,
daß in der nächsten Zeit mit einer neuen er-
heblichen Verschlechterung der Mark
zu rechnen sei. Man wies darauf hin, daß die
Reichsbank für die Stützungaktion bereits
sehr erhebliche Mittel verwendet und vor allem
in den letzten Tagen sich verstärkt der neu ein-

gefechten Aufwärtsbewegung des Dollars entgegengekommen habe. In Berliner Börsenkreisen hat trotz allem die kürzliche Aufwärtsbewegung, die sich heute bemerkbar machte, überwiegt. Man hatte wohl für die nächste Zukunft mit einem stetigen, aber doch langsamen Tempo der Aufwärtsbewegung gerechnet. Nun aber scheint, wie der „Börseurier“ ausführt, die Reichsbank ihre Politik vollständig geändert zu haben. In den Kreisen des Berliner Effektenhandels nimmt man an, daß die am 15. April fallende Bestandsaufnahme ergeben hat, daß die Reichsbank ihre Devisenbestände in einem sehr erheblichen Umfange vermindert hat und daß nun wieder eine Auffrischung erfolgen muß.

Es darf nicht vernein werden, daß zwar die Volksernährung bis zur neuen Ernte auf Grund laufender Abmachungen gesichert erscheint, daß aber auf der anderen Seite die Industrie in einem viel größeren Umfange, als es in normalen Zeiten der Fall ist, auf den Weg von ausländischen Rohstoffen, u. a. auch englischen Kohlenlieferungen, die wohl eine Zeitlang gesichert worden sind, aber doch einmal bezahlt werden müssen, angewiesen ist. Alle diese Umstände haben in der letzten Zeit die Industrie veranlaßt, wieder ausländische Devisen zu kaufen. Im ganzen sieht man aber auf dem Standpunkt, daß die Reichsbank immer noch Mittel und Wege genug hat, selbst wenn sie sich ihres Metallbestandes noch weiter entledigen müßte, um schließlich wieder die Markt zu stützen.

19. Berlin, 18. April. (Drahtber.) Die Dollarhauffe an der heutigen Börse wird von den Blättern auf eine neue Taktik der Reichsbank zurückgeführt. In den letzten Tagen habe sich sowohl aus den Kreisen der Industrie und des Handels als auch aus den Kreisen der Spekulation ein detarierter Kaktus des Devisenbedarfs entwickelt, daß die Reichsbank sich entschlossen habe, die Wechselkurse eine Zeit lang sich selbst zu überlassen, um zu dem ihr geeigneten erscheinenden Augenblick wieder auf dem Devisenmarkt eingreifen zu können. Die Reichsbank sei entschlossen, die Stützungsaktion der Markt fortzusetzen und habe immer noch Mittel und Wege genug dazu. Die Blätter waren in daher dringend vor überhöhten Bedarfskäufen am Devisenmarkt.

Die Ausweisung des Rheinlandkommissars.

Ohne die Zustimmung Englands.
Paris, 18. April. (Drahtber.) Das „Echo de Paris“ stellt fest, daß die Entfernung des Regierungskommissars von Koblenz am 12. März grundsätzlich zwischen Poincaré und der belgischen Regierung vereinbart worden war.

Die Ausweisung sei verzögert worden, weil man vergeblich die englische Zustimmung zu erlangen suchte. Am Samstag habe man in Paris den Beschluß gefaßt, die Angelegenheit durch Mehrheitsbeschluß der Rheinlandskommission zur Entscheidung zu bringen. Weiter schreibt das „Echo de Paris“: So verstimmt also das letzte Ueberbleibsel der französisch-englisch-amerikanischen Konvention vom 20. Juni 1919, die uns von Wilson aufgetragen wurde und die uns zur Pflicht machte, die deutsche Regierung zu respektieren, d. h. unsere Organisation vollkommen unantastbar zu machen. Das „Journal“ ist befriedigt und schreibt: Was überraschen könnte sei, daß diese Maßnahme solange auf sich habe warten lassen.

Berlin, 18. April. Wie die Blätter aus Köln melden, ist dem Reichskommissar Fürtz v. Goltzfeldt-Wildenburg von der Interalliierten Rheinlandskommission noch eröffnet worden, seine Behörde hätte binnen dreier Tage das besetzte Gebiet zu verlassen.

Eine Kundgebung der Wirtschaftskreise.

Berlin 17. April. Der Vorsitzende des Vorstandes des Wirtschaftsausschusses von Rhein und Ruhr, Herr Julius Sage n, teilt uns mit:

Der Vorstand des Wirtschaftsausschusses des besetzten und des Einbruchgebietes erklärt, daß keine Macht der Welt die Wirtschaftskreise des besetzten und Einbruchgebietes veranlassen könnte, eine Tätigkeit in einem politischen Gebilde auszuüben, das von Deutschland und seinen Ländern irgendwie losgelöst werde. In dieser Kundgebung liegt nicht nur die Lösung einer deutsch-französischen Frage, sondern bei der weltwirtschaftlichen Bedeutung unseres Gebietes eine Angelegenheit des Wohles und Friedens der ganzen Welt. Gerecht, für Deutschlands Wirtschaft tragbare Entschädigungen und stärkste Friedensbürgschaft zu geben, ist unsere Pflicht, aber niemals werden wir uns hierzu verstehen, unter militärischem Zwang oder unter Bedrohungen, noch auf Kosten der Zusammengehörigkeit mit dem ganzen Deutschland.

Ein kommunistischer Aufruf an die Ruhr-Bergarbeiter.

5. Essen, 18. April. (Eig. Drahtber.) Das kommunistische „Auffrecho“ macht in Form eines Aufrufes an die Bergarbeiter des Ruhrbezirktes Mitteilung von den Beschlüssen eines revolutionären Betriebsrätekonferenzen, der am 17. April stattgefunden hat. Darin wird zur Durchführung des Kampfes gegen den französischen Imperialismus aufgefordert. Dieser Kampf sei aber Sache der Arbeiter, da die Gefahr einer Verständigung zwischen den deutschen Kapitalisten und dem französischen Imperialismus auf Kosten der Arbeiter drohe. Auf allen Gebieten, die ganz oder teilweise von den Franzosen besetzt seien, sei sofort die Arbeit einzustellen. Es dürften nur die dringendsten Notstandsarbeiten verrichtet werden.

Der Kampf gegen die Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 18. April. Die Franzosen führen gestern nachmittags einen Sonderzug an der Grenze des besetzten Gebietes bei Griesheim a. M. an, der 111 Ausgewiesene der Strecken der Reichsbahndirektionen Mainz und Frankfurt enthielt. Außerdem sind 49 Eisenbahnamt- und -arbeiter der rechten Rheinstraße ausgewiesen worden. In Bonn im Gefängnis befinden sich in Haft der Bahnhofsdirigenter Bender von Capellen-Stoltenfels und zwei Eisenbahnbetriebsleute. Der Grund der Verhaftung ist unbekannt.

Bruchsal, 18. April. An der Rheinfähre bei Rheinhausen sind zehn ausgewiesene Bahndienstleute aus Speyer angekommen, die nur die allernotwendigsten Nöthigkeiten mit sich führten.

Ludwigshafen, 18. April. Die Ausweisungen von Eisenbahnpersonal aus der Pfalz gehen weiter. Bis 16. ds. Mts. wurden insgesamt 283 Eisenbahner ausgewiesen. Auch neue Gewaltakte über Wohnungsverweigerungen und dergleichen werden aus den verschiedensten Städten gemeldet.

Verhaftung von Kindern.

Ludwigshafen, 18. April. Auf dem Bahngleise bei Siebeldingen (Pfalz) fanden die Franzosen ein Stilleschiff Zementrohr. Sie vermuteten sofort die absichtliche Gefährdung eines französischen Eisenbahntransportes. Es stellte sich heraus, daß einige sechs- bis zehnjährige Kinder mit einem zerbrochenen Zementrohr auf der Straße gespielt hatten und daß dabei anscheinend ein Stilleschiff Rohr auf das Gleise gefallen war. Die französischen Gendarmen drangen nachts in die Wohnungen ein und führten drei Kinder im Alter von 6, 7 und 11 Jahren und deren Väter nach dem Landauer Gefängnis ab.

Verhaftet wurde ein Richter und ein Gefängnisverwalter in Firmasens, weil sie die Aufnahme von Verhafteten ins Gefängnis verweigerten. Ferner wurden in Haleschweiler zwei Gemeindebeamte verhaftet, weil sie den Franzosen Namen und Wohnung der dortigen Eisenbahner nicht bekannt geben wollten.

Auch Kinderwagentransporte beschlagnahmt.

Berlin, 18. April. Wie die Blätter aus Essen melden, wird die neue Verordnung des Generals Degoutte, die den Transport von Kohlen ohne französische Bescheinigung verbietet, rigoros durchgeführt. Im Laufe des gestrigen Tages sind selbst kleine Kohlenmengen von einem Zentner, die in Kinderwagen in die Wohnungen gebracht werden sollten, beschlagnahmt worden. Von der Beschlagnahme der Kohlentransporte werden in erster Linie kleinere Fabriken, Gewerbebetriebe, Hausanlagen betroffen.

Lozungen.

Essen, 18. April. Aus Bochum wird gemeldet, daß ein neues Lebensmittelgeschäft von den Franzosen eingerichtet wurde. Damit hat auch Bochum nunmehr zwei französische Lebensmittelverkaufsstellen. Die Lebensmittel werden um 25 Proz. billiger als in den deutschen Geschäften verkauft. Diese Verkaufsstellen werden nur sehr wenig in Anspruch genommen und nur von armen Leuten. In Herne sind gleichfalls zwei französische Verkaufsstellen eingerichtet worden.

Verkehr nur mit brennenden Laternen gestattet.

Neulinghausen, 18. April. Im Bereiche des von der 47. französischen Division besetzten Gebietes erließ der Befehlshaber, General Rainet, eine Verordnung, wonach bei nächtlichem Verkehr in der Nähe von Eisenbahn- und Kanalanlagen, beim Parkieren von Eisenbahn- und Kanalwägen, bei Arbeiten usw. brennende Laternen zu tragen sind. Im Falle der Nichtbefolgung dieser Ordnung seien die Passanten der Beschießung durch französische Posten ausgesetzt.

Essen das Eldorado der Spieler.

Berlin, 18. April. Seit der Entfernung der Schutzpolizei aus Essen ist die Stadt ein Eldorado der Spieler geworden. Nachdem die Spielstätten, die auf offener Straße aufgestellt waren, von der Kriminalpolizei entfernt worden waren, zogen sich die Spieler in die Lokale zurück. In einer Wirtschaft in der Altendorfer Straße überraschten Kriminalbeamte 50 Spieler, darunter auch Fachspieler. Die Ueberrannten suchten mit Gewalt zu entkommen. Eine ganze Anzahl Spieler konnte festgenommen werden.

Die englischen Besatzungskosten.

London, 18. April. Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte Guineh, daß die laufenden wöchentlichen Kosten der britischen Truppen in Deutschland 34000 Pfund (kurzeit fast vier Milliarden Mark) betragen ausschließlich der Unterbringung und anderer durch Deutschland geleistete Dienste. Die Kosten der Truppen in der Türkei betragen 82000 Pfund Sterling.

Beinliche Fragen.

London, 18. April. Im Unterhaus fragte Lord Pentind, ob die Regierung protestieren werde gegen die Akten der französischen Behörden im Ruhrgebiet, wie die Ausweisung zahlreicher Eisenbahner aus ihren Wohnungen.

Unterstaatssekretär des Innern Mac Neill antwortete, er könne keine derartige Zusage machen. Auf eine weitere Frage antwortete Mac Neill, die Regierung werde bei jeder Gelegenheit die britischen Interessen im Auge behalten, habe jedoch nicht die Absicht, irgend welche Schritte gegen Frankreich zu richten.

Der Kampf des Saarlooses um seine Freiheit.

Genf, 18. April. Zu der Wälderbundsstaunung, die eine Reihe wichtiger saarländischer Angelegenheiten zu behandeln hat, ist hier eine Abordnung von Mitgliedern des Landesrats im Saargebiet eingetroffen, die sich aus

folgenden Herren zusammensetzt: Dr. Sander, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion, Dewacher, Vorsitzender der Zentrumsfraktion und Köhling und Popelius von der Liberalen Partei. Die Abordnung vertritt gleichzeitig die Demokratische Partei, so daß mit Ausnahme der Kommunisten durch die Abordnung alle politischen Parteien im Saargebiet zur Sprache kommen.

Näherdem befindet sich der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Geller, als Vorsitzender des Saarpressevereins in Genf, um gegen die Unterdrückung der saarländischen Presse durch die Notverordnung der Regierungskommission Einspruch zu erheben. Neben der Frage der Notverordnung will die Abordnung vor allem die Frage des Nachfolgers für das bisherige saarländische Mitglied der Regierungskommission, Dr. Dektor, zur Sprache bringen sowie gegen die Faltung der Regierungskommission im Bergarbeiterstreik und gegen die völlig ungerechtfertigte Verdoppelung der französischen Armee aus Anlaß des Streiks protestieren.

Aus dem Offenburger Gebiet.

Neue Sanktionen. — Eine Erweiterung des Besatzungsgebietes. — Neue Ausweisungen.

Aus der Ortenau wird uns folgendes mitgeteilt: Die Verschärfung der Sanktionen, die Poincaré dieser Tage angekündigt hat, hat sich auch im besetzten Mittelbaden schon gezeigt. Die Franzosen haben jetzt in das Offenburger Bezirksamt die Stadtkommandantur und die Besatzungsbehörde verlegt. Am Mittwoch, den 18. April, mittags, erschienen französische Truppen mit klingendem Spiel unter Vorantragung der Regimentsfahne in der Stadt. Die Regimentsfahne wurde in die Offenburger Kommandantur getragen. Später rückten die Truppen wieder nach Keßl ab.

Starke Gerüchte gehen seit den letzten 24 Stunden in der Stadt und in der Nachbarschaft um, daß eine Ausbuchtung der Besetzung der Schwarzwaldbahn entlang bis Hausach vorgesehen sei. Tatsächlich sind in Hausach Vorbereitungen getroffen, die diesen Gerüchten Nahrung geben. Die dort befindlichen schmerzhaften Lokomotiven liegen unter Dampf und es sind Vorbereitungen getroffen, um die Eisenbahnwerkstätte zu räumen. In wieviel die Gerüchte sich auf Tatsachen stützen, werden die nächsten Tage zeigen.

Uebrigens ist die Besatzungszone in der Ortenau schon in den letzten Tagen ausgedehnt worden und zwar wurde die Gemeinde Dreienberg in die Besatzungszone eingezogen. Diese Erweiterung der Besetzung ist infolge von einziehender Natur, als sich in Ortenberg das Offenburger Postamt befindet.

Mit den befürchteten Ausweisungen haben gestern die Franzosen begonnen Staatsanwalt Burger, der bekanntlich den Erzbergerprozeß führte, hat Mitteilung bekommen, daß er bis Sonntag Offenburg verlassen haben muß. Ferner wurden drei Eisenbahnerfamilien aus ihren Wohnungen vertrieben. Sie müssen innerhalb 48 Stunden das Besatzungsgebiet verlassen haben. Infolge des mangelnden Schutzes (in Offenburg gibt es keine Polizei und keine Gendarmerie mehr) nehmen die Verbrechen zu. In den allerletzten Tagen sind allein drei schwere Einbrüche verübt worden, darunter ein Einbruch in ein Schuhgeschäft, wobei für 8 Millionen Mark Schuhe den Einbrechern in die Hände fielen. — Die hiesigen Zeitungen sind von dem Befehlshaber des Gebietes Offenburg gezwungen worden, eine Bekanntmachung über die Ausübung der Jagd im Gebiet Offenburg zu veröffentlichen. Jagdpächter und vereidigte Jagdaufsicher müssen dem französischen Befehlshaber ein Jagdgesuch vorlegen, das durch die Bürgermeister entsprechend bescheinigt sein muß. Der Waffenschein gilt für höchstens zwei Jagdwaffen und eine Munitionsmappe.

Die Besatzungsbehörde macht bekannt, daß ab 15. April der Fußgängerverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in den Nachtstunden wieder freigegeben ist.

Theater und Musik

Die ordentliche 60. Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins, die kürzlich im Schilleraal in Charlottenburg stattfand, war von einer großen Reihe von Intendanten aus dem ganzen Reich besucht. Die Neuwahlen des Verwaltungsrats und seiner Vorsitzenden hatten folgendes Ergebnis: Zum ersten Vorsitzenden wurde Staatsrat Dr. Korn (München), zum zweiten Vorsitzenden Direktor Ludwig Spannud-Bodenstedt (Stadttheater Würzburg), zu deren Stellvertretern Intendant Dr. Alfred Reuder (Landestheater Dresden) und Direktor Maximilian Stadel (Wallner-Theater, Berlin) gewählt. Der geschäftsführende Direktor des Deutschen Bühnenvereins bleibt wie bisher Rechtsanwalt Arthur Wolff. In den Verwaltungsrat wurden aus der Gruppe der Privattheater die Direktoren Artur Hellmer, Felix Hoffländer, Dr. Theodor Soene, Hermann Haller, Dr. Martin Jidel und Max Palegg gewählt. Aus der Gruppe der gemeinnützigen Theater gehören dem Verwaltungsrat an: Ministerialrat Dr. Seyn, Intendant Rehm, Oberbürgermeister Dr. Käß, Oberbürgermeister Dr. Ruffer, Dr. Seelig. — Rechtsanwalt Wolff machte die Mitteilung, daß mit den deutschsprechenden Bühnen der Schweiz und dem Bühnenverein ein Kartell geschlossen worden ist. Der Beschluß der Berliner Bühnenleiter, während der Ruhrbesetzung keine Werke französischer Autoren zur Aufführung zu bringen, wurde einstimmig für das gesamte Reich angenommen. Ein Antrag des Staatsrats Korn, der in großer Not lebenden Frau Cosima Wagner von allen zur Aufführung gelangenden Wagneroperen 1 v. H. des Bruttogewinnes zuzuführen, wurde einstimmig angenommen.

Erstes Münchener Mozart-Fest. Auf Anregung von Professor Adolf Busch wird Mitte Mai in

München ein großangelegtes Mozart-Fest abgehalten werden. Eine Reihe hervorragender Künstler hat die Mitwirkung bereits fest zugesichert. An der Spitze des Ehren-Ausschusses stehen Ministerpräsident Dr. von Künning und Staatsminister Dr. Matt. Das Arrangement und die Geschäftsführung führt die Konzerndirektion Otto Bauer in München.

Kunst und Wissenschaft

Kundgebung der Heidelberger Universität. Der Senat hat an die sächsischen Hochschulen, auf deren Sympathie Kundgebungen für den deutschen Abwehrkampf an Ruhr und Rhein ein Dankschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Durchwehrt von Hochherzigkeit, Gesinnungssadel und unbedingtem Rechtsgefühl, getragen von einer aufrichtigen und gerechten Bewunderung für deutsches Wesen und deutsche Geisteskultur stehen die sächsischen Kundgebungen unter den leider nicht zahlreichen gleichberechtigten Aeußerungen aus dem neutralen Ausland ganz einzig da. Hierdurch erhalten sie ihren hohen Wert. Möge das Vorbild, das Finland durch sein mannhaftes Eintreten für das massenlose, mißhandelte und geknechtete deutsche Volk gegeben hat, Nachahrer finden, denn es handelt sich um einen Kampf um höchste Menschheitsgüter, um Kultur und Recht.

Selene von Mühlau, die bekannte Schriftstellerin, ist, wie aus Berlin gemeldet wird, nach schwerem Leiden im Alter von 48 Jahren gestorben. Selene v. Mühlau hat in einer Reihe von Romanen und Novellen ein sehr beachtenswertes Erzähler-talent gezeigt.

Bom Schillerpreis. Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags gab der Kultusminister auf Anfrage des Berichterstatters über die Nichtverleihung des Schillerpreises eine längere Erklärung ab. Ein Teil der aus sieben Mitgliedern zusammengesetzten Kommission habe sich für die Verleihung der Tragödie „Seeschlacht“ von Reinhard

Goering ausgesprochen, einige andere Mitglieder hätten jedoch das Schauspiel „Käte“ von Hermann Burck und die Tragödie „Ein Geschlecht“ von Fritz von Unruh vorgeschlagen. Mehrere Gründe hätten dann die Staatsregierung veranlaßt, bei aller Beachtung der zur Rede stehenden Dichtungen von einer Verleihung des Preises für diesmal abzusehen und ihn nach den Satzungen des Schillerpreises für die nächste Verleihung zu verdoppeln.

Arno Holz — Nobelpreissträger? Arno Holz, der am 26. April sein 60. Lebensjahr vollendet, ist von 63 Professoren der Literatur und Ästhetik an deutschsprachigen Hochschulen zur Verleihung des diesjährigen Nobel-Preises für Literatur vorgeschlagen worden; es sind das zwei Drittel der Vorschlagsberechtigten deutscher Zunge überhaupt.

Amundsens Nordpolfahrt. Wie die norwegische Gesandtschaft in Washington mitteilt, wird der Nordpolfahrer Amundsen am 20. Juni seine Reise nach dem Nordpol antreten.

Kleines Feuilleton

Die humorlose Frau. Warum haben Frauen keinen Humor? Diese Frage sucht ein Londoner Blatt zu beantworten, indem es von der auffälligen Tatsache ausgeht, daß es unter den großen Humoristen der Weltliteratur keinen weiblichen Vertreter gibt. Es führt auch die Aeußerung der Herausgeberin einer Frauenzeitschrift an, die aus langjähriger Erfahrung mitteilt: „Ich bringe niemals eine humoristische Geschichte oder einen komischen Aufsatz. Frauen lieben Humor nicht. Sie würdigen ihn nicht oder verstehen ihn nicht. Sie wollen nichts komisch nehmen, sondern alles ernst. Sie sind am glücklichsten, wenn sie meinen, daß sie unglücklich sind. Sie werden viel lieber in ein Stüd gehen, in dem sie aus dem Weinen nicht herauskommen, als

daß sie bei einem Lustspiel aus Leibeskräften lachen.“ Mag man nun diese Aeußerungen für übertrieben halten, so steht doch das eine fest, daß die Frauen nicht einen so ausgesprochenen Sinn für Humor haben wie die Männer. Ein Amerikaner fragte einmal die berühmte Schauspielerin Mrs. Patricia Campbell: „Wissen Sie, warum Gott den Frauen keinen Sinn für Humor gegeben hat?“ und erhielt die schlagende Antwort: „Damit wir die Männer lieben können, anstatt nur über sie zu lachen.“ Gewiß gibt es hier und da Frauen, die nicht nur den Humor zu würdigen verstehen, sondern auch selbst humoristisch sind. Aber man wird beobachten, daß diese wenigen Frauen von ihrem lustigen Talent nur in Gesellschaft anderer Frauen ausgiebig Gebrauch machen, daß sie erst eine gewisse Hemmung überwinden müssen, bevor sie mit ihren Bemerkungen ihre Umgebung zum Lachen bringen. Das scheint darauf hinzuweisen, daß die Frau eine gewisse Scheu und Zurückhaltung dem Gebiet des Humors gegenüber besitzt. Auf der Bühne sind die Frauen, die ausgesprochen „komisch“ wirken, verhältnismäßig selten, und jedenfalls gibt es unendlich viel mehr männliche Komiker als weibliche beim Theater. Dieselbe Beobachtung kann man auf allen anderen Gebieten machen, in der Literatur und Kunst, im öffentlichen Leben. Zum Teil liegt das daran, daß man eine humoristische Begabung für unweiblich hält. So sagte z. B. eine bekannte Schauspielerin darüber, daß sie ausgesprochen humoristisches Talent besitze: „Ich muß es nach Möglichkeit verbergen“, sagte sie. „Denn wenn ich meiner komischen Laune die Zügel schießen ließe, würde mir mein Publikum unter den Füßen weggehen.“ Vielleicht sind es die Männer, die es erst den Frauen eingebracht haben, daß der Humor „nichts für sie ist“, denn die Zielfähigkeit des weiblichen Humors ist ja fast immer der Mann und es ist ihm nicht unüblich zu nehmen, wenn er alles versucht, um dem schöneren Geschlecht nicht lächerlich zu erscheinen.

Der Holzraub im Karlsruher Rheinhafen.

Im Rheinhafen haben die Franzosen vor das im Mittelboden gelegene Lager der Firma Nieten fünf leere Röhre gebracht, in die die von den Franzosen beschlagnahmten Holzvorräte verladen werden.

Abzug der Besatzung aus den Benzwerken.

Mannheim, 18. April. (Drahtber.) Heute vormittag ist die Besatzung der Mannheimer Motorenwerke vormals Benz von den Franzosen wieder aufgehoben worden. Am Montag war dort eine Kommission erschienen mit einem General an der Spitze, die die große Schiffsmaschine in Augenschein nahm. Das Ergebnis der Besichtigung war, daß heute früh 7 Uhr und 410 Uhr die französischen Truppen wieder abgezogen sind. Die Besetzung des Bahnhofs Redarvortstadt und des Schifferbureaus wird nach wie vor aufrecht erhalten.

Die Mitnahme verbotener Zeitungen in das besetzte Gebiet.

Das französische Militärpolizeigericht fällt eine bedeutende Entscheidung über den Besitz verbotener Zeitungen des besetzten Gebietes. Ein Kaufmann aus Düsseldorf hatte bei der Autokontrolle am Bahnhof Mainz-Castell eine Nummer des in besetzten Gebiet verbotenen „Frankfurter Generalanzeigers“ in seinem Besitze. Die Zeitung wurde konfisziert und Anzeige erstattet. Der Militärstaatsanwalt beantragte, wie der „Mainzer Anzeiger“ berichtet, die Freifreiung, weil die der Auflage zugrundeliegende Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission nur die Einfuhr verbotener Zeitungen zwecks Verbreitung (Kolportage) unter Strafe stellt. Im vorliegenden Falle möge dem Angeklagten geglaubt werden, daß er die Einzelnummern des verbotenen Blattes nur für sich und seine Familie gekauft und mit sich geführt habe. Das sei nicht strafbar. Das Urteil lautete auf Freifreiung.

Anders lag folgender Fall: Ein Kaufmann aus Biedersdorf hatte mehrere verschiedene Nummern der „Frankfurter Zeitung“ im Auto ins besetzte Gebiet gebracht. Das Gericht nahm hier verbotene Einfuhr zwecks Verbreitung an und erstattete auf 50 000 Mark Geldstrafe.

Deutsches Reich

Der Kampf um den Boden.

Berlin, 17. April. (Drahtber.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch eine Kommission eine Entschließung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die von der Reichsregierung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach welchem eine entsprechende Entschädigung des Großgrundbesitzes über 750 Hektar zum Zwecke der rationalen Bewirtschaftung durchgeführt und ein Teil des enteigneten Bodens sofort für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Da es nicht Aufgabe der sozialdemokratischen Parteiorganisation sein könne, die Sitzungen des Reichsbundes für Siedlung und Postung zu den übrigen zu machen, so könne den sozialdemokratischen Parteimitgliedern nicht empfohlen werden, durch Einzeichnung in die Eintragungsliste sich an dem vom Reichsbund eingeleiteten Volksbegehren zu beteiligen.

Badische Politik

Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei.

Man schreibt uns: Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden war am gestrigen Sonntag hier versammelt. Trotz der großen Vertreterschwierigkeiten war die Sitzung aus allen Landesteilen, insbesondere auch aus Oberbaden, sehr stark besucht. Es waren fast sämtliche Ausschußmitglieder, darunter Unterrichtsminister Dr. Seligmann, die Landtagsabgeordneten mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Glöckner, sowie die Vertreter der Parteipresse, insgesamt über 120 Personen anwesend. Der Parteivorsitzende, Abg. Dr. Summel, dankte in seinen Begrüßungsworten für das rege politische Interesse, das sich aus dem starken Besuch der Tagung kundgab und gedachte sodann mit warmen Worten der Anerkennung und Dankbarkeit der tapferen Haltung der Bevölkerung in den alt- und neubesetzten Gebieten. Die Verhandlungen des Landesausschusses betrafen zunächst Organisationsfragen, über die Generalsekretär Dees berichtete. Sodann wendete sich der Ausschuß der Erörterung der politischen Lage zu. In deren Mittelpunkt stand ein umfassendes Memorandum des Parteivorsitzenden Dr. Summel, das nach Würdigung aller in den großen Komplex der schwelenden Tagesfragen stehenden Momente ausfließt in die Forderung nach einer entschlossenen Fortsetzung des passiven Widerstandes in den Einbruchgebieten bei gleichzeitiger größter Aktivität der Reichsregierung. Das feierliche Memorandum wurde mit starkem Beifall aufgenommen und löste eine angeregte Aussprache aus, in der die von dem Parteivorsitzenden aufgestellten Richtlinien für die deutsche Außenpolitik durchweg akzeptiert wurden. Als Grundsatz die Bevölkerung der besetzten Gebiete wurde folgende Entschlußsatz einstimmig angenommen: „Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden fordert den badischen und allen übrigen Volksgruppen im altbesetzten und im Einbruchgebiet, die den Kampf um deutsches Recht und deutsche Freiheit in vorderster Reihe führen, treuen brüderlichen Gruß. Wir badener gedenken mit schmerzlicher Teilnahme der vielen Opfer, die ihr Leben hinabgeben, ihre Heimat verlassen, ihre persönliche Freiheit einbüßen mußten und versprechen, alle Kräfte in Gemeinschaft mit den anderen deutschen Stämmen einzuwerfen für ein einig und freies Deutschland.“ Mit Dankesworten an den Hauptreferenten und an die Diskussionsredner schloß der stell-

vertretende Parteivorsitzende, Stadtrat und Rechtsanwalt Wilhelm Frey, nach fünfjähriger Dauer die überaus eindrucksvolle und von bester Stimmung getragene Tagung.

Aus Baden

Erweiterte Vorstandssitzung des Vereins badischer Pflanzenzüchter.

Kastatt, 18. April. Von allgemeiner Wichtigkeit für weitere Kreise sind die Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung des Vereins badischer Pflanzenzüchter. Das Ziel des Vereins, die Verbesserung der badischen Landwirtschaft mit durchgezüchteten, einheimischen Saatgut wird in diesem Erntejahr durch die weitgehende Vermehrung des Originalsaatgutes in vielen Vermehrungsstellen der badischen Züchter so gefördert, daß mehrere 1000 Zentner davon der badischen Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können. Was dies bei den heutigen Preislagen vom volkswirtschaftlichen, wie vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus bedeutet, kann sich auch der Laie ausrechnen.

Mit den landwirtschaftlichen Organisationen, denen gegenüber die volle Neutralität in jeder Hinsicht nochmals betont wurde, soll für die nächsten Wahlen zur Badischen Landwirtschaftskammer ein Abkommen getroffen werden, das gerade in Anbetracht der großen Bedeutung der pflanzenzüchterlichen Bestrebungen in Baden mehrere führende badische Pflanzenzüchter zukünftig als Mitglieder der Badischen Landwirtschaftskammer diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden können. — Der dritte Generalversammlung des Vereins im Dezember d. J. in Heidelberg wird durch die Ablehnung erster Autoritäten auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung zu wissenschaftlichen Vorträgen eine besondere Bedeutung zukommen.

Nach der badischen Winzerorganisation.

Freiburg, 18. April. Der dem Badischen Bauernverein nahestehende Badische Winzerverband berufen am Sonntag, den 29. April, in den oberen Etagen des Kurparkrestaurants eine Winzerprämierung, verbunden mit zwei Weinfestproben und Weinmarkt. Zur Prämierung werden nur 1922er Weine zugelassen. Die Naturweine und die gezeuerten Weine konfiszieren nicht miteinander, vielmehr jede Gruppe unter sich. Zu den Weinfestproben sind auch Weine früherer Jahrgänge zugelassen.

Philippsburg bei Bruchsal, 18. April. Am Sonntag, 6. Mai, findet hier die 300-Jahrfeier der Umwandlung der ehemaligen Stadt Udenheim in die Reichsstadt Philippsburg statt. Der Gedenktag soll in einer der ersten Beilage entsprechenden Weise begangen werden.

Mannheim, 17. April. Die Polizei hat die Blätter der Buchhalterin Margarete Frommer verhaftet, die bei einem hiesigen Fumelier, bei dem sie in Stellung war, mehrere Schmuckgegenstände von hohem Wert und eine Summe von 1,7 Millionen Mark gestohlen hatte.

Heidelberg, 18. April. Ein 19jähriger Schuhmacher aus Eppelheim war mit seinem Schwager, einem Maurerpolier aus Eppelheim, beim Staatsbahnhofs Weiblingen wegen familiären Zwistes in Wortwechsel geraten. Er feuerte dabei drei Revolverkugeln ab und verletzte den Polier sehr schwer. — In einer der letzten Nächte wurden an der Dörfenheimer Landstraße fünf Telefonleitungen durchschnitten und etwa 30 Kilogramm Kupferdraht entwendet.

Heidelberg, 18. April. (Drahtber.) Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl (Wahl eines dritten Bürgermeisters) wurde der bisherige Bürgermeister Dr. Drach, nachdem bisher zwei Wahlgänge ergebnislos verlaufen waren, mit 58 Stimmen wiedergewählt. Die Sozialdemokraten hatten auf die Stimmabgabe für ihren Kandidaten, den Landtagsabgeordneten und Stadtrat Emil Maier, verzichtet. Diese Haltung veranlaßte die Kommunisten, nunmehr geschlossen für den demokratischen Kandidaten Dr. Drach einzutreten. Der von den Deutschen Nationalen aufgestellte Kandidat Rechtsanwalt Winhold (Baden-Baden) erhielt 19 Stimmen. Von 105 Wahlberechtigten machten 78 von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

S. Baden-Baden, 18. April. Der amerikanische Postkoffer in Berlin, Erzella Maria von Bielew-Soukhon, ist mit Familie zu längerem Aufenthalt hier eingetroffen und hat im Sanatorium Dr. Frey-Denkler Wohnung genommen. Zu gleicher Zeit ist auch der amerikanische Konsul in Stuttgart, Herr A. Moorhead, mit Gemahlin hier eingetroffen und im Hotel „Frankfurter Hof“ abgeblieben. — Die Zahl der Kurgäste beträgt bis heute 11 655.

Zell im Wiesental, 18. April. (Drahtber.) Der Handelskammer Schopfheim ist auf einen Antrag auf Einführung einer sonntäglichen Postkraftwagenverbindung Zell-Lodnau (die Lokalbahn verkehrt an Sonntagen infolge Betriebsbeschränkung nicht) von der Oberpostdirektion ein abschlägiger Bescheid zugegangen. Die Ausführung sei wegen dem großen Wagen- und Führermangel nicht möglich. Die im Wiesental untergestellten Wagen seien im Zusammenhang mit dem Franzosenbruch anderweitig nötig geworden. Es soll jedoch die demnächst wieder aufzunehmende Kraftpostverbindung Freiburg-Lodnau-Schnau am Sonntag bis Zell durchgeführt werden.

Freiburg, 18. April. Am Sonntag nachmittag konnte man vom Münsterplatz aus beobachten, daß zwei Burgen am Münsterturne emporfletterten und die Kreuzblume bekrönten.

Wannenstein bei Freiburg, 18. April. Aus unbekannter Ursache wurde das sogenannte Schmiebbauernhäusle ein Raub der Flammen. Da zur Zeit des Brandes niemand im Hause war, verbrannten acht jüngere Kinder und elf Schafe nebst vielen Haus- und Feldgeräten.

Vom Kaiserstuhl, 18. April. Die empfindlichen Nachfröste der letzten Woche haben in verschiedenen Gegenden den Reben geschadet.

Schnau, 18. April. (Drahtber.) Um eine direkte Verbindung vom hinteren Wiesental zu der seit der Offenburger Besetzung nach

dem Unterland eingerichteten Umgebungslinie der Hölentalbahn zu erhalten, sprach sich eine von Industrie, Handel, Gewerbe, Staats- und Gemeindebehörden behandelte Vereinigung für die Einrichtung einer Kraftwagenfahrverbindung Zell-Heidelberg-Litfee aus. Ein entsprechender Bescheid wurde an die Oberpostdirektion Konstanz, sowie an das Arbeitsministerium in Karlsruhe gelangt.

Aus den Verhandlungen der Mietzinskommission.

Als die Mietzinskommission in ihrer Sitzung vom 7. Februar d. J. dem Stadtrat eine Erhöhung des in der gesetzlichen Miete enthaltenen Instandhaltungszuschlags von 100 auf 300 v. H. des Steuerwertes vorschlug, wie sie dann mit Wirkung vom 1. März in Kraft getreten ist, hat sie gleichzeitig zur Erparung zeitraubender Beratungen die Einführung einer ableitenden Eskalation auf Grund einer noch zu ermittelnden Anzeiger angeregt. Um diesem Bedürfnis nachzukommen, hatte der Oberbürgermeister die Kommission am 10. März, abermals einberufen. Die Kommission hat unter dem Vorsitz des Herrn O.V.-Rats Dr. Lewis am 10. und 17. April sich mit dieser Frage befaßt. Stadtbaurat Dr. Dommer legte die Notwendigkeit der Einführung eines Instandhaltungszuschlags von ableitender Kaufkraft im Hinblick auf den schwankenden Geldwert und die Erhaltung der Häuser dar. Es müsse eine in einem Hundertfachen des Steuerwertes ausgedrückte Grundzahl festgesetzt werden, welche durch Veranschlagung mit der jeweiligen Uebersteuerungszahl der Bau-, insbesondere der Instandhaltungskosten der jeweils maßgebenden Zuschlag erzeuge. Der vor dem Krieg für die Instandhaltung der Häuser veräußerte Betrag stellte sich auf etwa 0,5 v. H. des Steuerwertes oder 10 v. H. der Grundmiete. In der Zeit nach dem Krieg ist der in der Miete für Instandhaltung veräußerte Betrag stark hinter dem wirklichen Bedarf zurückgeblieben. Er betrug bekanntlich nach der Festsetzung vom Frühjahr 1921 mit Wirkung vom 1. April d. J. 35 v. H. der Grundmiete oder 1,75 v. H. des Steuerwertes, am 1. April 1922 auf 60 (3) v. H., mit 1. Oktober 1922 auf 400 (20) v. H., mit 1. Februar 1923 auf 2000 (100) und mit 1. März 1923 auf 6000 (300) v. H. erhöht zu werden. Entsprechend der zeitweilig eingetretenen Uebersteuerung der Instandhaltungskosten im Verhältnis zu der Uebersteuerungszahl 1 auf das 13., 40., 320., 2900- und 3450fache in den genannten Zeitpunkten der obengenannten Zuschlagserhöhungen stellte sich aber der tatsächliche Betrag der Instandhaltungszuschläge, in Hundertteilen des Goldsteuerwertes ausgedrückt, gegenüber 0,50 H. im Jahre 1914 auf 0,14 H. am 1. April 21 und auf 0,04/0,08 am 31. März/1. April 22, auf 0,01/0,06 am 30. September 22, auf 0,007/0,033 am 31. Jan./1. Febr. 1923 und schließlich auf 0,018/0,055 auf 28. Febr./1. März 1923. Die Zahl der Stundenlöhne, die nötig waren, um den Instandhaltungszuschlag für eine entsprechende Wohnung aufzubringen, betrug im Jahre 1914 44 gegen 1,3 am 30. Sept. 22 und 1,7 am 31. Jan. 23, während nach dem Stand vom 1. März nach der von Dr. Dommer vorgelegten Tabelle ein Arbeiter durchschnittlich in 84 Stunden den im Jahr für die Instandhaltung der Wohnung aufzubringenden Betrag verdienen. Zur Zeit der ersten Beratungen der Mietzinskommission über die Durchführung des Reichsmietengesetzes, d. i. Anfangs Juli 1922, betrug die Uebersteuerung der Instandhaltungskosten etwa das 7fache gegenüber dem Jahr 1914; der Instandhaltungszuschlag wurde damals zu 20 v. H. des Steuerwertes angenommen, was 0,27 Goldprozent des Steuerwertes oder fast 1/4 v. H. ausmachte. Infolge der sprunghaftesten Geldentwertung ist die Kaufkraft der Zuschläge im Augenblick ihres Einganges noch niedriger gewesen als der oben angegebene Goldwertbetrag am Anfang und am Ende des Geltungsbereichs des Zuschlages betrug. Tatsächlich ist die Kaufkraft der Instandhaltungszuschläge im Augenblick ihrer Veranschlagung im Rechnungsjahr 1921 nur etwa ein 1/11 v. H., im Rechnungsjahr 1922 nur etwa 1/15 des Goldsteuerwertes gewesen gegenüber einem Normalfuß von 0,5 v. H. in der Vorkriegszeit, d. h. nur der fünfte Teil im Jahr 1921 und der zweihundzwanzigste Teil im Jahre 1922. Dr. Dommer gelangte hierauf dazu, einen Mindestfuß von 0,25 v. H. des Steuerwertes als Grundzahl für die Instandhaltungszuschläge vorzuschlagen, der mit der jeweiligen Uebersteuerungszahl den tatsächlichen Betrag des jeweiligen Zuschlages ergeben würde. Landgerichtsrat Dr. Frommherz stimmte der Einführung einer solchen Grundzahl zu, wies aber darauf hin, daß schon eine Grundzahl von 0,2 v. H. bei einer Uebersteuerung von 5450 auf einem Zuschlag von etwa dem 3/5fachen, d. i. von 21000 v. H. der Grundmiete oder von 1050 v. H. des Steuerwertes — hat 6000 bzw. 300 v. H. ab 1. März — mithin ohne die weiteren Steuererhöhungen und ohne die Wohnsachabgabe zu einer Miete in Höhe von dem 27fachen statt dem 14,5fachen der Grundmiete (März 23) führen würde. Während Stadtrat Bauer die Vorschläge ablehnte, weil es an den nötigen Grundlagen der Löhne und Materialpreise fehle und die hohen Beträge von den Mietern nicht aufgebracht werden könnten, stimmten die Herren Schwab und Hüter der Einführung einer ableitenden Eskalation grundsätzlich zu; Aristidek Willel und Stadtv. Schwarz begründeten eingehend die Notwendigkeit einer Grundzahl von wenigstens 0,5 v. H. des Steuerwertes, um die Häuser einigermaßen intakt zu halten. Ausführlich begründete ferner Geh. Rat Seubert namens des Grund- und Hausbesitzervereins seine Meinung, daß man sich von dem Vorkriegsfuß von 0,5 v. H. nicht allzuweit entfernen dürfe, weil dafür die tatsächlichen Uebersteuerungskosten, nicht die, auch sonst, besonders bei den kürzlichen Verhandlungen über die Wohnsachabgabe, völlig außer Betracht gelassene Minderfüße auf die Zahlungsabläufe derjenigen, die auf die Benutzung von Wohnungen anderer angewiesen sind, ausschlaggebend sein müßten. Namens des Mietervereins erklärte Verfführer Herrschner, daß man umständlich möglichst von einem Satz von 6000 v. H. auf 30 000 v. H. der Grundmiete heraufgehen könne, erachtet unter Beibehaltung

der Grundzahl von 0,055 die jeweilige Veranschlagung mit der Uebersteuerungszahl für hinreichend und wünscht jedenfalls zunächst zu erheben, wie sich die entprechenden Zuschläge in den übrigen badischen Städten der Ortsklasse A zurzeit stellen. Bürgermeister Dr. Schneidder verpflichtet zwar den Ausführungen von Geh. Rat Seubert insofern bei, als eine Grundzahl gewählt werden müsse, die für die notwendigen Instandhaltungskosten genügt, schließt aber eine Grundzahl von 0,25 v. H. vor, weil man auf alle nicht unbedingt nötigen Arbeiten, insbesondere jeden Luxus in der Ausstattung der Häuser, verzichten und sich im wesentlichen auf ihre konstruktive Erhaltung beschränken müsse; der Sprung von 0,055 auf 0,25 sei zu groß, er schlage vor, den letzteren Satz binnen etwa einem halben Jahre zu erreichen. Auch Stadtrat Braun stimmt dem Vorschlag von Dr. Dommer zu, wünscht aber allmähliche Erreichung der neuen Grundzahl binnen genannter Frist und will den Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen von Häusern durch Einführung eines Ausgleichsfonds gerecht werden. Gegen einen solchen Geh. Rat Seubert Bedenken, weil die Aufstellung von Minderfüßen und seine Verwaltung aussonderte Schwierigkeiten und dornenvoll sein wird. Unter Zurückziehung eines weitergehenden Antrags beschloß man schließlich, einem Antrag von Landgerichtsrat Dr. Frommherz entsprechend, eine zwar nicht schon am 1. Oktober 1923 aber am 1. Januar 1923 zu erreichende Grundzahl von 0,25 v. H. in Vorschlag zu bringen.

Das Ergebnis war hiernach der Vorschlag: Es soll ein Instandhaltungszuschlag von gleichbleibender Kaufkraft festgesetzt werden, so daß unter Ausschluß aller nicht unbedingt nötigen Arbeiten wenigstens die Erhaltung der Häuser gesichert ist; der Instandhaltungszuschlag soll aus einer Grundzahl von 0,25 v. H. des Steuerwertes unter Veranschlagung mit der jeweiligen, aus den Löhnen und Materialpreisen errechneten Uebersteuerungszahl bestehen; die Grundzahl soll vom 1. Mai 1923 an 0,10 v. H. betragen und am 1. Juli auf 0,15, am 1. Oktober auf 0,20 und am 1. Januar 1924 auf 0,25 v. H. steigen. Der Stadtrat soll mit der Festsetzung der jeweiligen Uebersteuerungszahl eine aus einem technischen Beamten und je einem Vertreter der Mieter und Vermieter bestehende kleine Kommission betrauen.

Die Kommission wird erneut zusammenreten, um über das Verhältnis der laufenden zu den großen Instandhaltungskosten, die etwaige Erhöhung eines Ausgleichsfonds im Sinne des § 7 des Reichsmietengesetzes und den Zuschlag für gewerbliche Räume zu beraten. Dr. S.

Verschiedene Drahtmeldungen

Monsignore Testa in Berlin.

6. Berlin, 18. April. (Eig. Drahtber.) Der päpstliche Delegat Monsignore Testa, der im Auftrag des Papstes das Ruhrgebiet bereist hat, ist heute in Berlin eingetroffen. Man mißt dem Besuch keinerlei politische Bedeutung bei.

Französischer Schwundel über deutsche Banken.

Berlin, 18. April. Die Agentur Havas hat kürzlich im Ausland die Meldung verbreitet, die deutschen Banken hätten ihren deutschen Kunden im Reiche schriftlich mitgeteilt, daß sie berechtigt seien, Geld fremder Valuten in ausländischen Banken anzulegen, und damit das deutsche Publikum in nicht mißzuverstehender Weise anzufragen, seine Gelder außerhalb des deutschen Reiches anzulegen. Wie wir dazu aus führenden Bankkreisen erfahren, ist diese Meldung von Anfang bis zu Ende frei erfunden.

Das glückliche England.

London, 18. April. Die Kosten der Lebenshaltung betragen am 31. März 74 Proz. mehr als vor dem Kriege und weisen eine kleine Verminderung gegenüber dem Vormonat auf. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 9. April 1 260 000, d. i. eine Verminderung gegenüber der Vorwoche um 28 883.

Dienstpflicht für Frauen in Polen.

Warschau, 18. April. Die Militärkommission des Parlaments hat den Gesetzentwurf betreffend die Militärdienstpflicht beraten. Angenommen wurde ein Antrag, demzufolge die Dienstpflicht auf einhalb Jahre festgesetzt wird, ferner ein Antrag, welcher die Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren zu militärischen Hilfsdienst verpflichtet.

Amerika braucht Einwanderer.

London, 18. April. Nach einer Washingtoner Meldung ist Präsident Harding ebenso wie der Präsident des amerikanischen Staates für die Ansicht, daß wegen der die Einwanderung beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen ein erster Mangel an Arbeitskräften in Amerika droht. Ein Mangel an Arbeitskräften ist bereits eingetreten. Durch ein neues Einwanderungsgesetz soll der augenblicklichen Lage abgeholfen werden.

Vom Wetter

Mittwoch, den 18. April 1923.

Die Luftdruckverhältnisse über Mitteleuropa begannen sich aufzulösen und öffneten sich zu entfernen, während sich das nordeuropäische Hochdruckgebiet südwärts ausbreitete. Daher haben die Niederschläge auch in Süddeutschland nachgelassen und die Bewölkung nimmt ab, doch bleibt das Wetter infolge nördlicher Luftströmungen noch ziemlich kühl. — Da der Einfluss des Hochdruckgebietes zunimmt, ist weitere Besserung der Witterung und später auch allmähliche Erwärmung zu erwarten.

Wetterausichten für Donnerstag, 19. April: Weilt heiter und trocken, zunächst noch kühl (besonders nachts), später langsam zunehmende Erwärmung, nördliche, später östliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

Table with 2 columns: Date (18. April / 17. April) and Location (Zauterinsel, Zell, Schnau, Mannheim) with corresponding water levels in meters.

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Versammlung am Freitag, den 27. April d. J., nachm. 4 Uhr, in den großen Rathssaal.

- Tagesordnung: 1) Gemeindefesttag zur Dankfeier (19). 2) Aufnahme von Anträgen (20). 3) Forderung der Gebührenerhöhungen für Straßengeräte, Müllabfuhr, Grubeneinfriedung und Kanalreinigung (18).

Wahlen in den Verwaltungsrat des Waisenhauses.

Die Amtsblätter der Mitglieder des Verwaltungsrats des Waisenhauses sind Karl, Oberrechnungsrat, Gansler, Friedrich, Altkatholik, Rombold, Fritz, Privatmann, Ged, Eugen, Stadtrat, und Müller, Richard, Stadtrat, in Abschlüssen.

Kerner sind von den am 20. August 1919 auf 6 Jahre erwählten Mitgliedern Markthaber, Karl, Privatmann und Euren, Franz, Stadtrat, in Folge Ablebens und Kerner, in Folge Ablebens infolge Amtsübernahme ausgeschieden.

Es hat daher gemäß § 22 der Statuten die Erneuerungswahl von 5 Mitgliedern auf 6 Jahre und die Ergänzungswahl von 3 Mitgliedern auf 3 Jahre stattgefunden.

Hierzu wird Tagfahrt auf Freitag, den 27. April d. J., nachmittags von 3 Uhr 40 Min. bis 4 Uhr 10 Min.

Die an Wählenden sind der Zahl der in nachfolgender Verzeichnisse genannten Persönlichkeiten zu entnehmen. Die Liste wurde in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrat des Waisenhauses aufgestellt.

Die Vorschläge sind: a) für die Erneuerungswahl auf 6 Jahre: 1. Karl, Karl, Oberrechnungsrat, 2. Gansler, Friedrich, Altkatholik, 3. Rombold, Fritz, Privatmann, 4. Ged, Eugen, Stadtrat, 5. Franz, Franz, Stadtrat, 6. Euren, Franz, Stadtrat, 7. Müller, Richard, Stadtrat, 8. Kerner, in Folge Ablebens, 9. Kerner, in Folge Ablebens, 10. Kerner, in Folge Ablebens, 11. Müller, Karl, Stadtrat, 12. Hörmann, Eugen, Stadtrat, 13. Eismund, Friedrich, Stadtrat, 14. Löper, Friedrich, Stadtrat, 15. Böhl, Otto, Stadtrat, 16. Müller, Richard, Stadtrat, 17. Müller, Richard, Stadtrat, 18. Müller, Richard, Stadtrat, 19. Müller, Richard, Stadtrat, 20. Müller, Richard, Stadtrat.

Karlsruhe, den 18. April 1923. Der Oberbürgermeister.

Ergänzung des Stadtverordnetenverbandes.

Stadtverordneter Eugen Moser hat infolge Erkrankung sein Amt als Mitglied des Stadtverordnetenverbandes für die Dauer dieser Erkrankung gemäß § 10 Abs. 2 der Gem.-Ordnung niedergelegt. Der Stadtrat hat die Amtsübernahme als begründet anerkannt. Nachweis eines Ersatzmannes in der gemeinsamen Wahlvorschlagsliste für den Stadtverordnetenverband ist die Voraussetzung der Ergänzungswahl. Die Dauer der gegenwärtigen Erkrankung Mosers ist ungewiss. Ich beehre mich, die Stadtverordneten zur Vornahme der Wahl gemäß § 51 der Gem.-Ordnung auf Freitag, den 27. April d. J., nachmittags 3 Uhr 40 Min. in den großen Rathssaal einzuladen. Die Wahlhandlung dauert von 3 Uhr 40 Min. bis 4 Uhr 10 Min.

Karlsruhe, den 18. April 1923. Der Obmann des Stadtverordnetenverbandes.

Versteigerung.

Freitag, den 20. April, nachm. 3 Uhr, versteigere ich im Auftrage im Lokale Rudolfstraße 12: 1 eintr. Spiegelschrank, 2 gleiche Betten, Badewanne m. Marmor, 2 Matten m. Marmor, Kommode m. Aufsatz, Ausziehtisch, Stühle, Ionit versch. Möbel, 2 Regulatoruhren, 2 Taschenuhren, 1 Photopapar, Säubstausausrüstung und Ionit noch vieles.

In jedem Hotel, Restaurant, Caté usw. sollte das „Karlsruher Tagblatt“ die Badische Morgenzeitung aufliegen.

Wichtig für alle Hausfrauen! Heute Donnerstag 18. April, irad 10 Uhr im Schloße, Ritterstraße 7, u. morgen Freitag, 20. April nachmittags 4 Uhr im „Löwenrathen“ (Pöfage) findet ein Vortrag von Frau Dechend-Berlin über: Das Färben im Haushalt vereinfachte Weitzmalerei und andere, für jede Hausfrau wichtige Fragen, hatt. Praktische Vorführungen. Frage-Beantwortung. Karlsruher Hausfrauenbund. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld erhoben.

Verlobungs-Ringe Gold- und Silberwaren Christ. Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe, Kaiser-Wilhelm-Passage 7 a

Baubund-Möbel in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Badischer Baubund G. m. b. H. Gemeinnütziger Möbelvertrieb Telefon 6157 Karlsruhe Am Rondellplatz

Ihr Paßbild erhalten Sie schnellstens im Photoz. Müller, Dorenstraße 98. Obkübne, Spalierdäume, Einmattisch, gleich tragbar, Zwetschen-, Kirschen-, Kirschen- und Apfelbaum, Rosen nieder, alles im Preis noch zurück können noch billig gekauft werden Mittwoch u. Samstag Cafe Novad Etilingerstraße.

Statt besonderer Anzeige teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber Vater, Herr Albert Krattinger Oberbausekretär a. D. Veteran 1870/71 und 1914/18 nach kurzer Krankheit im 76. Lebensjahr sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 20. April, vormittags 11 Uhr auf dem hiesigen Friedhofe statt. Elise Stetter, geb. Krattinger mit Familie, Albert Krattinger, Dipl.-Ingenieur mit Familie, Karlsruhe, den 18. April 1923. Trauerhaus: Mathystraße 24.

Statt Karten. Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verluste sprechen wir Verwandten, Freunden und Bekannten innigen Dank aus. Luise Doerr Witwe und Angehörige.

Trauerbriefe jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung die Tagblatt-Druckerei, Ritterstr. 1, Fernspr. 297

Kirchenkonzert vom Chor der Matthäusgemeinde (Südwestgemeinde) am Sonntag, den 22. April, nachmittags 4 Uhr, in der Christuskirche. Eintritt frei, freiwillige Gaben zur Deckung der Kosten werden dankbar angenommen.

Jeder Hausbesitzer ist imstande, ohne Vermittlung selbst seine Jahresmietabrechnung herzustellen auf dem Formblatt von Otto Schwarz, Herrenstraße 3, 3. St. links.

Diese drei Punkte verbürgen den Erfolg einer Anzeige im Karlsruher Tagblatt! Führender Charakter und alter, guter Ruf als Familienblatt! Große Verbreitung in den besten und kaufkräftigsten Kreisen Badens! Zunehmende Abonnentenziffer!

Bei Sonne, Kälte, Schnee und Regen Muss man die Schuh mit Pilo pflegen

Karlsruher Liederkrantz. Samstag, den 21. April 1923, abends 7/8 Uhr KONZERT zur Feier des 81. Stiftungsfestes des Vereins und zum 25jährigen Künstlerjubiläum seines Chormeisters, Kapellmeister Heinrich Cassimir. Kartenansage Musikalienhdlg. Fr. Doert u. Fritz Müller sowie Freitag 6-8 Uhr und Samstag 2-4 Uhr im Vereinslokal „Klaphorn“.

Badisches Landestheater. Donnerstag, den 19. April, 6 1/2 bis 10 1/4 Uhr Sperrzeit 1. 4000. Th. Gem. B. V. B. Nr. 3701-4100 Maria Stuart.

Im Landestheater. vom 21. April bis 1. Mai. Geschlossene Aufführung des „Ring des Nibelungen“, Sa. 21. „Abonn. A 19. Vorabend. Das Rheingold“ 7 (Sp. 1 6000.-), Th.-Gem. B. V. B. Nr. 501/700. - So. 22. L. Abend. „Die Walküre“ 5 (Sp. 1 8000.-). Sonderabonnement für die 4 Ringabende: 26000.-, 21000.-, 18000.-, 14800.-, 10400.-, 8000.-; für Vorkurskarteninhaber: 8200.-, 7000.-, 6000.-, 3600.-, 3000.-; Ergänzungskarten für Abonnenten A u. F (3 Vorstellungen) 19500.-, 15750.-, 13500.-, 11100.-, 7800.-. Mo. 23. Volksbühne P 10 „Das Postamt“, „Die Komödie der Irrungen“ 7 (Sp. 1 4000.-). - Die 24. Volksbühne O 6 „Die lustigen Weiber von Windsor“ 7 (Sp. 1 6000.-). - Mi. 25. „Abonn. F 19. II. Abend. „Siegfried“ 5 (Sp. 1 6000.-), Th.-Gem. B. V. B. Nr. 701/900. - Do. 26. „Abonn. B 18. Neu einstudiert: „Das Konzert“ 7 (Sp. 1 4000.-), Th.-Gem. B. V. B. Nr. 1501/1700, 4901/5000. - Fr. 27. „Abonn. D 18 „Der Waffenschmied“ 7 (Sp. 1 6000.-), Th.-Gem. B. V. B. Nr. 2801/3000. - Sa. 28. „Abonn. E 19 „Maria Stuart“ 6 1/2 (Sp. 1 4000.-). - So. 29. III. Abend. „Götterdämmerung“ 4 (Sp. 1 8000.-). - Mo. 30. Volksbühne P 11 „Das Postamt“, „Die Komödie der Irrungen“ 7 (Sp. 1 4000.-). - Die 1. Mai „Abonn. G 19 Mozart-Cyclus. I. „Die verstellte Einfall“ 7 (Sp. 1 6000.-), Th.-Gem. B. V. B. Nr. 2401/2700.

Im Konzerthaus. So. 22. „Alt Heidelberg“ 7 (Sp. 1 4000.-). - Die 24. Volksbühne Q 10 „Erde“ 7. - Fr. 27. Volksbühne R 1 „Nathan der Weise“ 7 - So. 28. „Die fünf Frankfurter“ 7 (Park. 1 3000.-). - Die 1. Mai Volksbühne R 2 „Nathan der Weise“ 7. Abonnements-Einzahlung für das 6. Sechstel vom 2. Mai an, Hauseinzug vom 11. Mai an, Gebühr hierfür 300 Mk. Vorrecht für Umtausch der Vorkurskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorkurskarten am Samstag, den 21. April, nachmittags 4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 23. April an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr).

Das goldene Netz. Roman von Otto Kothar Nemasch. (Nachdruck verboten) Als Miesze allein war, weinte sie noch ein bißchen vor sich hin. Ihr war etwas leichter ums Herz. Sie ließ sich neuen Kaffee, Kuchen und einen Curacoo bringen und telefonierte dann an die Kosyopta. Es dauerte lange, bis sie Anschlag erhielt und die Kosyopta selbst an den Apparat kam. „Jrmischka, bist du?“ Ja, es ist alles glänzend abgelaufen. M. D. ist klein wie ein Mäuschen. Wie? - Na, und ob. Beglückwünscht haben mich die Kollegen. Es war fabelhaft. M. D. geht heute noch auf Urlaub. Ich singe die neue Rolle - wie? Na, alles, was du mir gesagt hast. Von Robbe, von Derris, von deinem Freund... Was sagst du? Ja natürlich, was sollte sie denn antworten. Aber nun ist nur eins, Jrmischka, ich muß deinen Namen nennen. „Bist du verrückt?“ Klang es aus Ethen. „Aber Seelchen, ich habe doch nur getan, was du gesagt hast.“ rief die Budweis sanft. „Du bist dünner als meine fünfhundert Gänse zusammen.“ schrieb es in der Zeitung. „Du bist undankbar, Jrmischka. Mir kam es doch nur auf die Rolle an. Die habe ich. Alles andere ist deine Sache. Du mußt nun beweisen, ohne das geht es nicht. Du hast doch Beweise.“ „Könte die Budweis ungeschuldig und harmlos. Du kannst nicht beweisen? Wie sagst du? Du willst nicht beweisen? Ja, Jrmischka, dann müßten wir alles zurücknehmen. Ja, ja, ich versetze, du willst mit Robbe nichts zu tun haben. aber ich auch nicht. Dann soll ich also zurücknehmen?“ „Wach, was du willst.“ fauchte es aus Ethen herüber, „aber wehe dir, wenn mein Name hineingegeben wird.“

Der Apparat drüben wurde angehängt. Die Budweis sprach. Sie ließ sich ein paar Schinkenbrötchen und ein Gläschen Portwein bringen. Inzwischen hatte Dr May bei Marianne angeknipst. Sie konnte ihn im Augenblick nicht empfangen, sie erwartete Robbe. In einer Stunde wäre sie wohl frei. Da fuhr er dann um die angegebene Zeit hinaus und fand sie allein. Sie war blaß, aber ganz ruhig, fast heiter. Ohne ihn zu unterbrechen, hörte sie ihn an. „Ich bin mit allem einverstanden.“ sagte sie dann und reichte ihm ihre kühle, überglanzten Hände. „Bitte, danken Sie allen Herren für ihr Vertrauen. Entschließen sich Frau Budweis zur Abgabe der von Ihnen allen verlangten Erklärung, so verzichte ich für meine Person auf mündliche Abbitte. Ich begnüge mich mit einer schriftlichen. Mit Robbe habe ich gesprochen. Er hat sich persönliche Schritte vorbehalten. Sie werden darüber direkt von ihm hören. Mit Derris,“ sie schloß einen Moment die Augen, „spreche ich noch heute abend. Und was diesen ungeliebten Unbekannten an der Unfallschelle anbelangt, so muß Ihnen Frau Budweis darüber nähere Auskunft geben. Ich weiß nichts davon.“ Sie hielt einen Augenblick inne, er sah sie fragend an. „Bleibt noch die Frage der neuen Oper. Es tut mir aufrichtig leid, daß nun alles illusorisch wird, aber ich gehe nicht einen Schritt zurück. Seit Jahr und Tag stehe ich in einem Kreuzfeuer von Intrigen der Budweis. Sie wissen nicht, mit welchen Mitteln sie vor und hinter den Kulissen gegen mich gearbeitet hat. Ich habe immer geschwiegen. Aber nun muß auch einmal dieser Kampf ausgefochten werden. Sie oder ich. Ich lasse ihr Gesagtes an, zu sehen, was sie kann. Man ist ja vor Ueberraschungen auf der Bühne niemals sicher, vielleicht macht sie Ihnen

eine Ueberraschung. Das würde mir meinen Beggang von hier sogar erleichtern.“ „Sie drängen fort, Marianne?“ „Ja, lieber Freund, alles in mir drängt fort. Ich bin es satt und müde.“ Sie legte ihre kühle Perlenkette an die Stirn. Dann stand sie auf und sah zum Fenster hinaus. Ein dicker, milchiger Nebel und Dunst lagerte um den dämmernden Garten. „Sie alle glauben, mein Leben sei hier ein einziges, laubendes, tauendes Glück gewesen. Sie irren alle. Mein Herz ist auf schwarzglühendem Glas gegangen. Es muß einmal die Stunde kommen, wo alles dies ein Ende nimmt und alles vorbei ist. Diese Stunde soll jetzt kommen.“ Er wagte nicht, sie zu unterbrechen. Sie kam zu ihrem Sessel zurück. „Ich habe Anträge aus Berlin, Dresden und Wien. Vielleicht nehme ich den einen oder den anderen an, vielleicht... Vielleicht kommt es auch ganz anders.“ Sie breitete ihre schönen Arme weit aus, wie ein weißer Bogen keine schlanken Schwingen. „Ich möchte in die Sonne fliegen, in Wärme und Freiheit.“ „Nehmen Sie sich hier nicht aboraen, Marianne?“ Ihre Arme sanken wie leblos herunter. „Nein, ich fühle mich auf offenem Meer geborgener als hier. Es ist ein glücklicher Zug in jedem Menschen, man behält meist nur das Schöne in Erinnerung. Ich werde manches von hier im Gedächtnis behalten. Auch Sie.“ „Ein heralischer Grabvuch!“ meinte Man. „Und nun lagen Sie nur noch: Requiescat in pace. Und das Begräbnis ist zu Ende.“ Sie ging sofort auf seinen scharfhaften Ton ein, dessen ernsten Untergrund sie überhörte. „Es frant sich nur, wer der Beibragende und wer der Beatabene ist, Doktorchen.“ Die niedliche Rose mit den Grübchen im Kindergeßicht brachte einen Brief. Marianne rih das große Kuvert auf.

„Meine Urlaubsbewilligung von der Intendanz. Sie legte das Schreiben beiseite. Man erhob sich. „Sie verreisen, ohne abzuwarten?“ „Ja, noch heute nacht.“ Was soll ich abwarten? Was noch kommen kann, kann ohne mich erledigt werden.“ „Also Abschied, Marianne. Unabänderlich?“ „Unabänderlich, lieber Freund. Aber darum braucht es nicht für das zu sein, was wir Menschen ewig nennen. Ich alle Felle abbrechen, sehen wir uns hier noch wieder. Ein Stückchen gehen wir vielleicht noch zusammen - Kontraktbrüder will ich nicht werden.“ „Ein Hoffnungsstimmer. Und nun lassen Sie mich noch einmal bitten, Marianne, ehe ich Ihre Antwort überbringe gehe. Es wird uns ja nun nichts weiter übrig bleiben, als das grauflüchtige Experiment mit der Budweis zu machen. Wie weiß ich noch nicht, denn vorläufig ruft diese Aussicht noch völlige Rebellion hervor. Vielleicht verführe ich Sie vollkommen. Aber ich annehme noch einmal an Sie als Künstlerin. Sie werden den Triumph haben, daß Sie unerwartet sind.“ „Glauben Sie einen Augenblick, daß es mir darum zu tun ist?“ „Nein und ja. Aber das ist doch nicht die Hauptsache. Wir Künstler kämpfen oft genug für eine verlorene Sache. Aber was sind das für Fehlbewerter und Soldaten, die nicht bis zum letzten Augenblick für ihre Sache kämpfen, um retten zu sehen, was zu retten ist? Ist es mit Künstler anders? Die Idee der Kunst muß uns heilig bleiben. Wenn ich jetzt Ihre Meinung mitbringe, neigt alles drunter und drüber. Wenn ich nur etwas mitbrächte, was die Hoffnung läßt, daß Sie alle diese verarbeitete Arbeit hundert von Menschen nicht verachtlich machen, dann werden sicherlich alle weiterarbeiten. Und Ihr Ziel wird ein Sieg sein für die Idee der Kunst, einmal größer als für arbeiter Triumph und Niederlage einer infamen Kollegin.“ (Fortsetzung folgt.)

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)
Frankfurt, den 18. April (abends.)

Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 1770.—	(früh. 0.80 M.)
Amsterdam	1 Gld. 12500.—	(„ 1.70 „)
London	1 Pfd. St. 145000.—	(„ 20.— „)
Paris	1 Fr. 2100.—	(„ 0.80 „)
Zürich	1 Fr. 5750.—	(„ 0.80 „)
Italien	1 Lire 1490.—	(„ 0.80 „)
Newyork	1 Dollar 30500.—	(„ 4.20 „)

Tendenz: lebhaft.

Von den Börsenplätzen.

Frankfurter Börse.

Devisen stark gefragt. — Effekten fester.
w. Frankfurt a. M., 18. April.

Am Devisen- und Notenmarkt war der Verkehr lebhafter als in der letzten Zeit. Es trat stärkere Nachfrage seitens der Industrie hervor. Sehr fest lagen im Frühverkehr Auszahlung London. Dollarnoten gestern mit 22 800—23 000 gehandelt, stellten sich in den ersten Vormittagsstunden auf 23 500—22 750 und wurden bei Beginn der Börse 24 200 gehandelt.

Anschließend an diese Bewegung machte sich auch im freien Effektenverkehr eine feste Stimmung geltend. Regere Kauflust bestand für alle Valutapapiere. Im Verkehr von Büro zu Büro waren folgende Kurse zu hören: Oesterreichischer Credit 18 000, Wiener Bankverein und Bagdad II gesucht. Sehr gesucht sind Industriewerte, von denen Zellstoff Waldhof, Waggon Fuchs, Bingwerke, Autowerke bei anziehenden Kursen besonders begehrt waren. Montanpapiere fanden wieder Beachtung. Caro und Oberbedarf fester. Otavi-Shares blieben wieder begehrt 265—280 000. Chemische Aktien erfuhren ebenfalls Befestigungen. Auch Elektrizitätswerte waren befestigt.

Für unnotierte Werte liegen Kaufdres vor. Ufa bei größeren Umsätzen sehr fest 18 250 bis 19 250. Es waren noch folgende Kurse zu hören: Benz 23 000, Metz-Söhne 18 500, Hansa-Lloyd 10 750. Bei erregtem Geschäft Dollarnoten 26 750—32 500.

Berliner Börse.

Reparierung der Devisen. — Lebhafter Begeh für Effekten.
w. Berlin, 18. April.

Die bereits in den gestrigen Nachmittagsstunden infolge gesteigerter Nachfrage zum Durchbruch gekommene vereinzelte Befestigung am Devisenmarkt hielt auch heute entsprechend dem niedrigeren Newyorker Markkurs an. Für London und Newyork wurden dabei Kurse bis zu 108 000, resp. 23 000 erreicht. Vorübergehend erfolgte dann ein leichter Rückschlag. Doch machte sich vor der Festsetzung der amtlichen Kurse ein derart starker und zum Teil spekulativer Bedarf geltend, daß die Reichsbank die verlangten großen Summen nicht hergeben wollte, scharfe Reparierungen vorgenommen wurden. So wurden für Newyork nur 5 Prozent, für London 25 Prozent und für die übrigen Plätze zumeist nur 10 Prozent zuteilteilt. Der amtliche Kurs lautete für Newyork 25 000 und für London 115 000. Infolge geringer Zuteilungen versuchten die Händler den nicht geringen Bedarf im freien Verkehr zu decken. Infolgedessen zogen die Kurse wieder erheblich an, und Newyork wurde bis zu 31 000 bezahlt.

In Rückwirkung von den Vorgängen am Devisenmarkt bestand im freien Verkehr Nachfrage nach Effekten aller Art.

Karlsruher Börse.

Getreide und Mehl. Die Krise am Devisenmarkt läßt wenig Geschäft aufkommen; Käufer und Verkäufer halten zurück. Es wurden bezahlt für Weizen 128—133 000, Roggen 115—125 000, Gerste 98 bis 102 000, Hafer, inländischer, je nach Beschaffenheit 80—95 000. Weizenmehl, Mühlenforderung, 190 000. Die Mühlen sind aber nicht Abgeber. Weizenmehl, zweihändig, mit 190 000 gehandelt, Roggenmehl, Mühlenforderung, 165 000, nominell, Kleie 52—55 000, Kleie, Spezialfabrikate 65 000, Malzkeime, ohne Sack, ab Fabrik 52 000, Biertreber, ohne Sack, ab Fabrik 52 000, Trockenschnittel, ab Fabrik 36—40 000 Mark.

Wein. Weinpreise steigend. Großhandelspreise für 1922er weiße Oberländer natur 1700—1800 M. per Liter.

Spirituosen. Stimmung abwartend. Preise unverändert.

Industrien / Handel / Verkehr

Banken.

Die Darmstädter und Nationalbank K. a. A. hat sich im Wege freundschaftlicher Vereinbarung mit der Ostbank für Handel und Gewerbe, Königsberg, den maßgebenden Einfluß auf die Danziger Bank für Handel u. Gewerbe Aktiengesellschaft gesichert, die sie zu ihrem Stützpunkt in Danzig auszubauen gedenkt. Die Ostbank für Handel und Gewerbe, Königsberg, bleibt jedoch an der Danziger Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft interessiert und wird auch weiterhin in deren Aufsichtsrat vertreten sein. Bei der nächsten Generalversammlung der Danziger Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft wird durch Zuzahlen zum Aufsichtsrat der nunmehrigen Stellung der Darmstädter und Nationalbank K. a. A. zu dem Unternehmen entsprechender Ausdruck verliehen werden.

Industrien.

Heidelberger Federhalter-Fabrik Koch, Weber & Co. A.-G., Heidelberg. Die Gesellschaft beantragt Kapitalerhöhung ohne Angabe des Betrages (zurzeit M. 31 Mill.). (G.-V. 16. Mai.)

Goldanleihe der Neckar A.-G. Die Neckar A.-G. in Stuttgart gibt zur Bestreitung der Mittel für die Fertigstellung der beiden Wasserkraftwerke an den Staustufen des Neckarkanals bei Neckarsulm unterhalb Heilbronn und bei Wieblingen unterhalb Heilbronn eine 5proz. Goldanleihe aus. Die erste Serie dieser Anleihe wird demnächst von einer unter Führung der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart stehenden Bankengemeinschaft zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt, der fast alle führenden deutschen Banken und Bankfirmen angehören. Der Zeichnungspreis beträgt 93½ Proz. Die einzelnen Stücke lauten auf den Geldwert von 10,5 Goldmark = 2½ Dollar, bis 420 Goldmark = 100 Dollar. Für die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen und ihre Rückzahlung, die vom Jahre 1928 ab erfolgt, haben das Deutsche Reich und die Länder Württemberg, Baden und Hessen die gesamtschuldnerische Bürgschaft übernommen. Die Teilschuldverschreibungen sind sonach reichsmündelsicher. Außerdem wird die Anleihe auf den zu den Kraftwerken Neckarsulm und Wieblingen gehörenden Grundstücken und Anlagen ziemlich sichergestellt werden. Die Vollendung der beiden Kraftwerke ist danach gesichert, da das Reich, Württemberg und Baden sich zur Beschaffung der etwa weiter geforderten Beträge verpflichtet haben.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 18. April. Elektrolytkupfer 8730, Originalhüttenrohnickel 345 611, Raffinadekupfer 10 200, 10 400, Originalhüttenweichblei 3700, 3900, Originalhüttenrohnickel, Preis im freien Verkehr 4900, 5000, Remelted-Plattenzink 3800, 4000, Bankzinn 31 000, 31 500, Hüttenzinn 30 500, 31 000, Rennickel 17 000, 17 500, Antimon-Regulus 3850, 3950, Silber-Barren 610 000, 620 000, Platin 80 000.

Hamburger Metallmarkt. 18. April. Silber ca. 900 fein, prompt 650, 620, per April 650, 620, 645, per Mai 680, 650, per Juni 730, 710, Zinkhütten 5200, 4750, per April 5200, 4800, per Mai 5300, 4800, per Juni 5800, 5400; Weichblei, ab Lager 3900, 3500, ab Hütte 3900, 3500, raffiniert 3700, 3200, Bankzinn 31 000, 27 000; Kupfer, greifbar 11 000, 9800, raffiniert 9500, 8700, Wirebars 11 400, 10 400; Elektrolytkupfer 11 400, 10 400; Gold und Platin unnotiert.

Hamburger Altmetallmarkt. 18. April. Kupfer 64, 68, Rotguss 49, 52, Messing, leicht 36, 39, Messingspäne 35, 38, Messingguss 38, 42, Blei 21, 22, Zink 22, 23½.

Verharren des Großhandelsniveaus. Das durchschnittliche Preisniveau im Großhandel weist eine wenig veränderte Lage gegenüber der Vorwoche auf. Trotzdem kann von einer einheitlichen Preisbewegung keineswegs gesprochen werden, da einigen nicht unwesentlichen Preisrückgängen auf der anderen Seite recht erhebliche Preissteigerungen gegenüberstehen. Während sich nach der Ermäßigung der Kohlen- und Robeisenpreise nunmehr auch die Preise für Walzwerksprodukte nicht unerheblich erniedrigt haben, gingen u. a. auf dem Getreidemarkt sowie auf den Häuteauktionen nicht unerhebliche Preissteigerungen vor sich, die die erfolgten Preisabschläge einiger Grundstoffe stark abschwächen und im Endergebnis auflösen mußten.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Kraftwertprojekt im Renchtal.

In einer öffentlichen Versammlung in Oberkirch wurde die Frage der Errichtung eines Elektrizitätswerks für das hintere Renchtal besprochen. Im Laufe der Versammlung teilte Bürgermeister Kleinbrod mit, daß die Gemeinde Oppenau das Stromrecht erworben und die Errichtung eines Kraftwerkes in Aussicht genommen habe. Der Bürgerausschuß habe be-

reits einen außerordentlichen Erfolg erzielt. Auch die Gemeinde Bad Peterstal beabsichtigt, ein eigenes Elektrizitätswerk zu errichten, dem sich auch Griesbach anschließen will. Wie aus der Versammlung hervorging, besteht besonderes Interesse für das sogenannte Bierbad-Projekt, von dem man eine Jahreserzeugung von vier Millionen Kilowattstunden errechnet hat. Ein Ausschuß, dem die Vertreter der beteiligten Gemeinden und der Industrie, sowie Sachverständige angehören, soll die Angelegenheit weiter verfolgen. Die in die Milliarden gehenden Kosten bei Errichtung des Bierbadprojektes könnten durch Holzabfälle großenteils gedeckt werden. Ein Vertreter der Wasser- und Straßenbaudirektion stellte in der Versammlung die Forderung von größeren Wasserkraftanlagen seitens des Staates in Aussicht, warnte aber vor Zerplitterung und vor dem Ausbau unrentabler Werke.

Badisch-schweizerischer Vertrag über die Rheinregulierung.

Nach einer Meldung der Badler Nationalzeitung hat der schweizerische Bundesrat mit der badischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen über die Aufertigung der Pläne für die Rheinregulierungsarbeiten, die der internationalen Rheinzentralkommission vorgelegt werden sollen. Vom Bundesrat wurde der Vertrag bereits genehmigt. Es steht nun noch die Genehmigung der badischen Regierung aus. Für die Fertigstellung der Pläne soll in Freiburg i. Br., dem Sitz des badischen Wasserbüros, ein besonderes Büro eingerichtet werden, dem auch ein schweizerischer Ingenieur beigegeben werden soll. Die Pläne müssen bis Februar 1924 fertiggestellt sein. Nach dem genannten Blatt hat sich die Schweiz deshalb an die badische Regierung für die Ausarbeitung der Regulierungspläne gewandt, weil Baden darin große Erfahrungen habe, zum Beispiel bei der Regulierung des Rheins zwischen Straßburg und Sondernheim.

Erhöhung des Gründungskapitals der Aktiengesellschaften.

In der letzten Zeit hat bekanntlich die Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften kleinster Formats sehr stark zugenommen. Die Gründung solcher kleinen Gesellschaften und sogenannter Mantel-Aktiengesellschaften erfolgt in nicht seltenen Fällen aus steuerlichen Rücksichten, so daß die Zahl der Gesellschaften an Stelle der offenen Handelsgesellschaft oder der G.m.b.H. häufig zur Verhinderung der Steuerpflicht dient. Nach einer Berliner Meldung liegt zurzeit dem Reichsrat ein Gesetzentwurf vor, durch den das Gründungskapital der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien auf mindestens 5 Mill. M. erhöht wird. Im übrigen sind für diese Maßnahmen dieselben, durch die Gesetzentwurf geschaffenen Gründe maßgebend, die im Dezember v. J. zur Erhöhung des Grundkapitals der G.m.b.H. auf mindestens 500 000 M. geführt haben.

Zusammenschlußbewegung im Hypothekendarlehenbankgewerbe.

Nachdem eine Anzahl nord- und mitteldeutscher Hypothekendarlehenbanken sich zu Interessengemeinschaftsgruppen verbunden haben, ist nunmehr auch in Süddeutschland ein ähnlicher Vorgang zu verzeichnen, indem sich eine Reihe schon bisher einander freundschaftlich nahestehender Hypothekendarlehenbanken, nämlich die Frankfurter Hypothekendarlehenbank in Frankfurt a. M., die Württembergische Hypothekendarlehenbank in Ludwigsbafen a. Rh., die Rheinische Hypothekendarlehenbank in Mannheim, die Süddeutsche Bodenkreditbank in München und die Württembergische Hypothekendarlehenbank in Stuttgart, zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen hat. Zweck des Zusammenschlusses ist unter anderem der Austausch geschäftlicher Erfahrungen, der gemeinschaftliche Abschluß arbeitsreicher Geschäfte, mögliche Organisationsvereinfachung unter gegenseitiger Berücksichtigung der Einrichtungen der einzelnen Institute, sowie die gemeinsame Interessenvertretung nach außen. Im Gegensatz zu den bisher entstandenen Interessengruppen ist daneben eine Zusammenfassung der Gewinne nicht vorgesehen. Die Aktienkapitalen der fünf der Gemeinschaft angehörenden Hypothekendarlehenbanken werden nach Durchführung der beschlossenen bezw. bevorstehenden Kapitalerhöhungen insgesamt M. 273 850 000 betragen; der Umlauf an Pfandbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen belieferte sich Ende März 1923 auf rund M. 3 988 000 000.

Die Wertergebnisse des deutschen Außenhandels im Februar.

Wie in den Vormonaten wurde auch im Februar der Einfuhrwert durch Schätzungen unter Mitarbeit einer großen Anzahl Sachverständiger aus Handel und Industrie ermittelt. Er stellt sich auf 446,2 Millionen Goldmark. Der Goldwert der Ausfuhr wurde wiederum durch Umrechnung der Deklarationen über den

Dollarfuß im Februar ermittelt. Er belief sich auf 360,6 Millionen Goldmark.

Im übrigen muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Februarwertzahlen in gleicher Weise wie die Monatszahlen durch den Einbruch in das Aufrüstjahr in ihrer Zuverlässigkeit beeinträchtigt sind, da das dort für den Februar angefallene handelsstatistische Material infolge der Befreiung der Zollstellen und der Ausweitung der Beamten zum größten Teil nicht bei den statistischen Reichsamts gelangt ist und daher die dort ein- und ausgeführten Güter von deutscher Seite überhaupt nicht mehr handelsstatistisch erfasst werden. Eine Bilanz aus obigen Zahlen zu ziehen, ist deshalb unzulässig.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 18. April.

	17. April.		18. April.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Brüssel	1226.90	1232.10	1246.60	1253.40
Holland	9304.95	9345.80	9525.85	9574.25
London	98602.85	99097.15	119710.—	118890.—
Paris	1409.45	1465.55	1665.80	1674.20
Schweiz	3835.40	3854.60	5087.25	5112.75
Spanien	3229.40	3248.60	4326.65	4348.35
Italien	1049.35	1084.65	1446.35	1453.65
Lissabon	—	—	—	—
Dänemark	3990.—	4010.—	5685.75	5714.25
Norwegen	3515.45	3534.55	5157.10	5162.90
Schweden	5673.30	5701.70	8179.50	8220.50
Helsingfors	589.50	592.50	—	—
Newyork	21346.50	21453.50	32169.35	32350.65
Wien (alt)	—	—	—	—
Dtsch. Oest.	29.88	30.02	42.40	42.60
Budapest	473.80	476.90	748.—	752.—
Prag	637.40	640.60	928.—	932.—
Sofia	—	—	169.60	170.40
Agram	—	—	—	—

w. Berlin, 18. April.

	17. April.		18. April.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	8279.52	8320.75	9675.75	9724.25
Brüssel	1226.90	1232.10	1246.60	1253.40
Christiania	3775.53	3734.47	4413.98	4316.07
Kopenhagen	3980.02	3999.98	4688.25	4711.75
Stockholm	5620.91	5649.09	6583.50	6616.50
Helsingfors	590.52	593.48	683.25	686.75
Italien	1043.38	1049.62	1211.96	1218.04
London	98253.75	98746.25	114712.50	113827.50
Newyork	21156.97	21263.03	24937.50	25062.50
Paris	1408.96	1416.04	1620.93	1629.07
Schweiz	3838.38	3857.62	4483.—	4511.25
Spanien	3228.81	3248.19	3815.45	3834.57
Wien (alt)	—	—	—	—
Dtsch. Oest.	29.87	30.03	43.89	44.11
Prag	632.41	635.59	733.16	736.34
Budapest	472.—	476.—	663.—	667.—
Lissabon	—	—	—	—
Bulgarien	159.10	159.90	188.53	186.47
Buen-Aires	7730.62	7763.38	9052.35	9097.67
Japan	10224.32	10275.68	—	—
Rio de Jan.	2304.22	2315.78	—	—
Jugoslawien	217.45	218.55	250.37	251.63

Devisennotizen im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

	a) vorbörslich		b) nachbörslich	
	Kauf	Verkauf	Kauf	Verkauf
Holland	8854	11800	11400	12900
Schweiz	4080	5500	5000	5900
Paris	1485	2000	1950	2200
Belgien	80	1730	700	1970
London	10500	14000	13500	15900
Newyork	22600	31300	28000	32500
Italien	1110	1500	1450	1600

Tendenz: fest.

100 Mark in Zürich: 1,85 Cts.
100 franz. Frks. in Zürich: 36.— Frks.
Engl. Pfund in Paris: 71.— Frks.

Unnotierte Werte

Wir waren vorbörslich, Verkauft, Käuf. Käuf.

Bad. Motorlokomotivwerke	4600	5400	Hansa Eloydt	12000
Baldur	12000	13000	Kabel Rheintal	28000
Brown Boveri	18000	19000	Karstadt-Aktien	50000
Becker Stahl	18000	20000	Kröner	30000
Becker Steinkohle	18000	19000	Offenberg, Spinnerei	12000
Benz	23000	—	Rastatter Waggon	13500
Deutsche Lastauto	14000	15000	Roth & Wieninger	18000
Deutsche Petroleum	39000	—	Schuhmag	17000
Großkraftwerke	—	—	Teichgraber	17000
Württemberg	2000	2500	Ufa	14000

Wertbeständige Anlagen:

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	75000
4% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	21000
7% Sächsische Braunkohlenwert-Anleihe	14000
5% Rhein-Main-Donau-Dollar-Anleihe	—

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets Käufer und Verkäufer.

Baer & Elend, Bankgeschäft

Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 26, Telefon 223 2201.

Schreib-, Rechen-, Copiermaschinen
Reparaturwerkstätten und Handlung
Farbbänder, Kohlenpapier
Spezialgeschäft
K. Hafner
Amalienstr. 51, Tel. 212

Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER,
HENKEL & Co., DÜSSELDORF